

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

242 (17.10.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonetzelle 1.40 M. Die Reklamezelle bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das schandbare Unrecht vollzogen

Das englische Kabinett billigt die Teilung Oberschlesiens

21. Paris, 15. Okt. Von der englischen Regierung ist zwar noch keine amtliche Rückföherung zu den Genfer Entscheidungen eingetroffen, dagegen liegen um Mitternacht Beschlüsse aus London vor, nach denen das englische Kabinett der Entscheidung des Völkervertrages zugestimmt hat. Balfour ist mit seinem Expose durchgedrungen und die englische Regierung hat den Genfer Schiedsspruch vorbehaltlos angenommen. Die amtliche Mitteilung hierüber dürfte heute Samstag hier eintreffen, dann wird vermutlich der Vorkauf am Montag zusammengetreten, um am Dienstag den Wortlaut des von der Entente ratifizierten und sanktionierten Genfer Beschlusses in Berlin und Warschau offiziell zur Kenntnis bringen zu lassen. Die interalliierte Kommission in Opvel wird dann wahrscheinlich noch am nächsten Dienstag mit dem Vollzug des Schiedsspruchs beginnen. Die Zustimmung aller beteiligten Ententeanten, auch der englischen Regierung, zu der Aufteilung Oberschlesiens im Sinne des Genfer Entscheides ist also vollendete Tatsache geworden.

Noch Demission der Regierung?

Berlin, 17. Okt. Heute Montag nachmittags 4 Uhr findet in der Reichskanzlei eine interfraktionelle Besprechung der Koalitionsparteien des Reichstages statt. Hauptthema ist die Frage der Regierungsdemission, die durch die Demokraten neu ins Rollen gebracht ist, besprochen werden.

Eingehende Flucht der Deutschen

Berlin, 15. Okt. (Privattelegramm). Meldungen aus Katowitz klagen darüber, daß bereits jetzt eine Flucht der Deutschen aus den Industriegebieten und sogar allgemein aus Oberschlesien einsetzt. Sparfassen und Renten sollen einem Ansturm von Leuten ausgesetzt sein, die ihre Guthaben abheben wollen. Die Geschäfte seien bereits so gut wie ausverkauft.

Weite Kreise in Oberschlesien sollen dagegen noch immer daran glauben, daß es bei der Genfer Entscheidung nicht sein Bewenden haben werde. Heute früh sind mehrere Abordnungen der größten Hütten und Gruben nach Opvel gereist, um der Interalliierten Kommission nochmals Vorstellungen zu erheben.

Die Besatzungsbehörden haben zur Abwehr etwaiger Unruhen erhöhte Alarmbereitschaft der Besatzungsgruppen anbestellen. In Myslowitz, Pleß und Rybnik wehen bereits polnische Fahnen.

Das Meiste soll Polen erhalten

22. Paris, 15. Okt. Nach einer Mitteilung des „Matin“ soll durch den Vorschlag des Völkervertrages Polen 81 % der Kohlenförderung, 70 % der Erzeugung und sämtlicher Eisenerze überlassen werden.

Dollarkurs 144 und Ausfuhrabgabe

Als vor einem Jahre der Markkurs stark gesunken war und ein Export einsetzte, der nur der Schleuderausfuhr eines Bankrotteurs sein konnte, da führte das Reichswirtschaftsministerium in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium eine Ausfuhrabgabe ein. Später besserte sich der Kurs wieder und der Absatz der deutschen Waren auf dem Weltmarkt wurde schwieriger. Schon unter dem Reichswirtschaftsminister Schmidt begann daher der Abbau der Ausfuhrabgabe, und unter dem Volksparteier Dr. Scholz wurde er schließlich fortgesetzt, so daß gegenwärtig von der Ausfuhrabgabe nicht viel mehr als der Name übrig geblieben ist.

Jetzt ist der Dollarkurs auf 144 gestiegen. D. h. ein amerikanischer Dollar, der im Frieden 4.25 M galt, muß jetzt mit 144 M bezahlt werden und umgekehrt kann das Ausland für einen einzigen Dollar so viel kaufen, wie man in Deutschland für 144 M erhält. Der Wert der Papiermark ist weniger als 3 Pfennige geworden.

Das Sinken des Markkurses hat die Spannung zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis ins Unermessliche vergrößert. Der deutsche Exporteur ist in der Lage, jeden Konkurrenten weit zu unterbieten. Das hat natürlich seine erfreuliche Seite; die deutsche Industrie hat Hochkonjunktur, die Zahl der Arbeitslosen ist gegenwärtig geringer, als sie in guten Friedenszeiten war. Währenddem haben die valutastarken Länder, nicht nur England und Amerika, sondern etwa auch Schweden und Holland mit schlimmen Wirtschaftskrisen zu kämpfen und unter hohen Arbeitslosenziffern zu leiden.

Aber auch der gegenwärtige große deutsche Export ist nur ein Glendsausverkauf. Die exportierte Warenmenge ist im Vergleich zum Vorjahre gesunken. Die bei der Ausfuhr erzielten Einnahmen im Markt sind ganz bedeutend gemindert. Aber nach Goldwert gemessen, ist unsere Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahre wesentlich geringer geworden. Sie bleibt weit zurück hinter dem erwarteten Mindestbetrag von 4 Milliarden Goldmark, und eine der Folgen davon ist, daß die Entente aus der 26prozentigen Ausfuhrabgabe, die sie erhebt, längst nicht die Milliarden Goldmark gewinnen wird, die sie erwartet hat. Aber das Sinken des Goldwertes der Ausfuhr bei gesteigerter Ausfuhrmenge ist zugleich ein deutliches Zeichen für den Schleuderkarakter unseres Exports. Nur dadurch, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in Deutschland immer tiefer herabgedrückt und das Reich immer tiefer verschuldet wird, hat sich die Steigerung der Ausfuhr vollzogen.

Die Bilanz des Ausfuhrgeschäftes für Exporteure, Reich und Ausland stellt sich heute etwa folgendermaßen: Der Exporteur verdient rasend. Mit Hilfe der niedrigen inneren Gestehungskosten überbringt er selbst die höchsten Zollschranken, die das Ausland zum Schutze seiner Industrie errichtet hat. Wo die deutsche Ware auf dem Weltmarkt anknüpft unter gleichen Bedingungen konkurriert, sind Exportgewinne von 50 Prozent des Warenwertes und darüber hinaus keine Seltenheit. Das Ausland hat aus dem deutschen Export gewaltige Einnahmen. Zunächst erhebt die Entente ihre Ausfuhrabgabe von 26 Prozent, die dem Exporteur von deutschen Reich vollbezahlt wird. Sodann haben die ausländischen Regierungen im weitesten Umfange hohe Zölle auf deutsche Waren gelegt und füllen mit den Erträgen dieser Abgabe ihre Staatskassen. Die Einzigen, die bei diesem Geschäft nicht nur leer ausgehen, sondern große Verluste leisten müssen, sind das deutsche Reich und Volk. Die Spannung zwischen deutschem Preis und Weltmarktpreis wird zum Teil von der Arbeiterklasse getragen durch eine immer tiefer sinkende Lebenshaltung; zum Teil von der Reichskasse, da sie auf der künstlichen Niedrighaltung des Brotpreises und der Mieten beruht. Obendrein zahlt das Reich die 26prozentige Ausfuhrabgabe.

Unmöglich darf es so weitergehen. Je tiefer die deutsche Mark sinkt, umso leichter wird freilich der Verkauf deutscher Waren ins Ausland. Aber umso mehr handelt es sich auch lediglich um ein Verschleudern deutschen Materials und deutscher Arbeitskraft zu Schundpreisen. Läßt man die Dinge einfach treiben, dann wird das Ausland seine Schutzzölle gegen die deutsche Schleuderkonkurrenz, das deutsche Dumping, weiter erhöhen und das Reich geht wieder leer aus. Bereits auf dem Sozialdemokratischen Parteitag zu Berlin hat der Referent über die Finanzfrage, Genosse Wilhelm Seel, ausgeführt:

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen

Berlin, 16. Okt. Die Großberliner Stadtverordnetenwahlen sind bei schönem Wetter vollständig ruhig verlaufen. Da in 2500 Wahllokale abgestimmt wurde, konnten die Wähler in wenigen Minuten abgefertigt werden. Nach den bisherigen nicht amtlichen Meldungen waren bis 1 Uhr nachts in sämtlichen 20 Bezirken ungefähr abgegeben worden: 815 000 sozialdemokratische und 835 000 bürgerliche Stimmen. Es ist also eine kleine bürgerliche Mehrheit zu verzeichnen. Die Wahlbeteiligung dürfte etwa 70 Prozent betragen haben.

21. Berlin, 17. Okt. Gestern fand in Großberlin die Wahlen zum Stadtparlament und zu den Berliner Bezirksversammlungen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 65-70 Prozent. Die Wahlen bedeuten einen Zug nach rechts. In Neu-Westend sind die Stimmen der Unabhängigen von 46 000 auf 29 000 zurückgegangen. Bisher liegen folgende Ergebnisse vor: Mehrheitssozialdemokraten 315 820; Unabhängige 297 118; Kommunisten 146 735; Deutschnationale D.P. 262 110; Deutsche Volkspartei 224 500; Zentrum 55 768; Demokraten 105 830; Wirtschaftspartei 75 960; Deutsch-Sozial 11 370; ungültige Stimmen 2470. Ein abschließendes Bild liegt noch nicht vor, jedoch dürfte an diesem Bild keine große Änderung mehr zu erwarten sein.

Nach dieser Meldung ist nicht mehr zu zweifeln, daß in Berlin die bisherige sozialistische Mehrheit unterlegen ist. Die ersten Wahlen in der neugeschaffenen Viermillionengemeinde Berlin hatten 100 Bürgerliche und 125 sozialistische und kommunistische Stadtverordnete ergeben, ein Verhältnis, das dem Berlin der Vorkriegszeit nicht entsprach. Aus der Geschichte der deutschen Reichstagswahlen kennt man seit Jahrzehnten kein anderes als das „rote Berlin“. Von den acht Reichstagskreisen, die damals das hauptstädtliche Stadtgebiet umspannten, war nur die kleine Innenstadt mit knapper Mehrheit freisinnig. Drei und fünf waren etwas schwankend, die Wiesentreise vier und sechs und Teltow-Beeskow-Charlottenburg waren so sicher, daß bürgerliche Kandidaten sozusagen nur als Fälschkandidaturen in Betracht kamen. Alles in allem, bei proportionalen Anwendung des Zahlenergebnisses auf das Stadtparlament, das damals freilich nach Dreiklassenwahlrecht erwählt wurde, hätte eine erdrückende sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit herauskommen müssen.

Deshalb erregte es einiges Staunen, daß die bürgerlichen Parteien diesmal den Wahlkampf überhaupt unter der Parole führen konnten: Sturz der sozialistischen Mehrheit! Die Auflösung wurde wegen begangener unerheblicher Formfehler durch die Deutsche Volkspartei bewirkt, die dabei offenbar von der Ansicht ausging, es würde möglich sein, bei einer Neuwahl den Sieg der als Bürgerblock vereint aufmarschierenden bürgerlichen Parteien herbeizuführen. Daß dies nicht gelingen würde, darüber herrschte am Tage vor der Wahl in der sozialdemokratischen Partei allgemeine Zuversicht, die wohl in dem Ergebnis ihre Bestätigung finden wird.

Damit kommt man aber doch nicht um die Frage herum, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und bürgerlicher Politik so zugunsten der letzteren verhalten konnte, daß diese in der Hoffnung auf Sieg den neuen Kampf suchte. Die Erklärung für diese Erscheinung liegt in der ungleichen Parteipaltung und in den besonderen Formen, die sie in Berlin angenommen hatten. Berlin war immer eine Hochburg der Sozialdemokratie, es war immer zugleich eine Hochburg des Radikalismus in der Sozialdemokratie und dieser Radikalismus war von eigener Art. Er glänzte keineswegs durch die Kühnheit der Zielsetzung und der angewandten Methoden, das Ziel zu erreichen, er war vielmehr etwas vorwiegend Gefühlsmäßiges, der Ausdruck einer erbitterten und verbitterten Stimmung, die in heftigen Worten ihre Befriedigung suchte. Es war kein Wunder, daß bei der Parteipaltung zunächst der größte Teil der Partei in das Lager der Unabhängigen hinüberwich. Es gab Zeiten, in denen die alte Partei in Berlin nahezu ausgelöscht schien. Und dann war es, trotz vielen Unheils, ein Segen der Spaltung, daß sich die gewissenhafter denkenden, politisch reiferen Genossen, zur Abwehrgemeinschaft gegen den überhärmenden Wortradikalismus zusammenschlossen, und aus ihr die sozialdemokratische Partei wieder neu aufbauten. Trotz der raschen Fortschritte, die dieser Prozeß machte, fand der 20. Juni 1920 die Unabhängigen noch in gewaltiger Uebermacht, sie stellten für die sozialistische Linke die stärkere Fraktion und bleiben das auch, nachdem sich von ihnen ein Häuflein gestillter Radomacher als „kommunistische Fraktion“ abgespalten hatte.

Die „sozialistische Mehrheit“ im Groß-Berliner Stadtparlament bestand also aus drei Fraktionen, von denen es zunächst nur einer einzigen mit der sozialistischen Kommunalpolitik ernst war, während die beiden anderen auf die „große zweite Revolution“ lauerten und mit gewaltigen Verschwörungsformen ihren Eintritt zu beschleunigen versuchten. Daß dies und die erbitterte Feinde der Kommunisten gegen alle sozialistische Aufbauarbeit die Tätigkeit der Sozialdemokraten nicht erleichtern und den Ansturm der sozialistischen Mehrheit nicht erhöhen konnte, liegt auf der Hand. Die Unabhängigen begannen freilich nach ihrer Befreiung von den Kommunisten sich wieder ihrer sozialdemokratischen Grundgesinnung zu erinnern und auf zweckmäßige Arbeit im Dienst des Gemeinwohls größeres Gewicht zu legen. Diese Wandlung ist aber so neuen Datums, daß sie sich in der Stimmung der Massen noch nicht recht auswirken konnte.

Die Zukunft der Arbeiterbewegung in Berlin hängt davon ab, in welchem Maße sie sich von der alten Krankheit des wortreichen Scheinradikalismus, der gestern U.S.B. hieß und heute K.P.D. heißt, zu befreien imstande ist.

Die Ausperrung im Baugewerbe

Stuttgart, 16. Okt. Von den 25 000 organisierten Bauarbeitern wurden neben 2000 Streikenden in Groß-Stuttgart, Göttingen und Heilbronn 8885 Leute ausgesperrt. Daraus geht hervor, daß eine große Zahl wirkend. Bauunternehmer die Ausperrungsparole der Unternehmerverbände des württemberg. Baugewerbes nicht befolgt hat.

Oberschlesien Morgen Dienstag nachm. 4 Uhr im großen Festhallsaal Protestversammlung

Eintritt frei! Deutsche Männer, deutsche Frauen, erscheint in Massen! Eintritt frei! Betriebsleitungen und Behörden werden dringend ersucht ihren Personalen den Besuch zu ermöglichen.

hinget...
Zollamtliche Beiträge

Die...
Die...
Die...

Die Ausfuhrabgabe beträgt heute nur noch 0 bis 3 Proz. Dabei machen die Exporteure beim heutigen Kursstand Profite, von denen anständige Unternehmer schon erklärt haben, daß sie sich ihrer schämen. Die Einnahme aus der Ausfuhrabgabe ist von 318 Millionen im November 1920 auf 69 Millionen im Juli 1921 gesunken. Der Wirtschaftsminister Nos. Schmidt ist dabei, die Ausfuhrabgabe dem Valutastand anzupassen. Wir wünschen, daß es rasch geschieht, denn hier sind Milliarden zu heben, die wir nicht den ausländischen Staatskassen in Form einer Ausfuhrabgabe zufließen lassen wollen.

Seitdem sind wieder Wochen ins Land gegangen. Die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums sind in ihren Umrissen bekannt. Die von ihm geplante Ausfuhrabgabe hält sich in den engsten und bescheidensten Grenzen. Sie soll die gesamte Ausfuhr umfassen nach einem Tarif, der ganz niedrig beginnt und im höchsten Fall — bei der Ausfuhr von Rohstoffen — zu 8 Prozent des Wertes ansteigt. Im allgemeinen dürfte die Ausfuhrabgabe 5 Prozent des Warenwertes nicht erreichen. Trotzdem wird von der Industrie mit allen Kräften gegen die geplante Ausfuhrabgabe Sturm gelaufen und das Projekt schlummert einseitigen noch im Reichswirtschaftsrat. Die Gegenstände gegen die Ausfuhrabgabe sind unter den heutigen Verhältnissen einfach lächerlich. Wenn in den letzten drei Tagen der Dollar im Kurse um 10 Prozent gestiegen ist, kann eine Ausfuhrabgabe von 5 Prozent den Export überhaupt nirgends hindern. Denn er ist ja auch glänzend von Statten gegangen und würde weiter glänzend von Statten gehen, wenn der Dollar beim Kurse von 130 geblieben wäre. Sollte später einmal der Markkurs sich wieder erheblich heben, hätte es die Regierung in der Hand, die Ausfuhrabgabe jederzeit wieder herabzusetzen.

Jetzt aber muß gefordert werden, daß dieser — für die Erhöhung der Ausfuhrabgabe — günstigste Moment nicht verpaßt, sondern daß endlich zugegriffen wird. Das Reichskabinett hat das Recht, durch Beschluß die Ausfuhrabgabe zu erhöhen, ohne erst den Reichstag zu fragen. Auch vom Reichstag, der das Recht hat, gegebenenfalls eine Senkung der Ausfuhrabgabe zu verlangen, wird man im gegenwärtigen Augenblick ein solches Eingreifen nicht beabsichtigen brauchen. Selbst bei den wenigen Prozent, die das Reich nehmen will, handelt es sich für die Reichskasse um eine Milliardenneinahme. Finanzminister und Wirtschaftsminister würden geradezu pflichtvergessen handeln, wenn sie dieses Geld nicht der Reichskasse zuführen.

Höchst sonderbar aber muß der Widerstand der Industrie anmuten. Die Herren tun sich gerade jetzt sehr viel darauf an, daß sie durch ihr Kreditangebot freiwillig dem Reiche ein Opfer bringen wollen. Wie können sie sich da sträuben, dem Reiche das zu geben, was ihm einfach gebührt. Man wird den Gedanken nicht los, daß die Industrie gerade jetzt die Ausfuhrabgabe abwehrt, deren jährliche Berechtigung ja ohne weiteres einleuchtet, um für die künftige Regierungsbildung noch einen Krumpf mehr im Spiele zu haben. Aber zu solchen Manövern ist die Zeit zu ernst. Wenn auf der einen Seite die Massen nicht wissen, wie sie auch nur die teuren Kartoffeln kaufen sollen, und die Reichskassen an Auszehrung dahinsinken, und auf der anderen Seite Milliarden Uebergewinne am Export gemacht werden, dann darf keine Stunde mehr verloren gehen, dann ist es Zeit zu handeln und endlich die Ausfuhrabgabe auf einen Stand zu bringen, der sie zwar noch keineswegs dem Valutastand anpaßt, aber sie doch wenigstens aus dem lächerlichen Nichts erhebt, in dem sie heute steckt.

Robel auf unsere Kosten

Die Denkschrift über die Kosten der Rheinlands-Befahrung

Berlin, 16. Okt. Die dem Reichstag zugegangene Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Kosten der Rheinlandsbefahrung kommt für die Zeit bis Ende März 1921 zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Kosten der Befahrungsmächte, die Deutschland erstaten muß, belaufen sich auf 3940 000 000 Goldmark.
2. Die Leistungen Deutschlands für Unterhaltung der Befahrungstruppen, für Grundstücksbauten, Einrichtungsgegen-

stände, Transport, Heizung, Beleuchtung usw., betragen 7 314 000 000 Papiermark. Die finanziellen Lasten sind dadurch, daß entgegen Artikel 8 des Rheinlandsabkommens die Truppenstärke weit größer ist als die deutsche Friedensbesetzung und durch die Maßlosigkeit der Ansprüche ins Unerträgliche gesteigert worden.

Nur zwei Beispiele: Für das französische Mitglied der Rheinlandskommission (unverheiratet) und seinen ständigen Vertreter (verheiratet) mußten im Dienstgebäude des Oberpräsidenten der Rheinprovinz eingerichtet werden: 17 Wohnräume, Speisezimmer und Salons, 22 Schlafzimmer, Wirtschaftsräume usw. Kosten: 1,8 Millionen Mark. Ein Bürovorsteher bei der Rheinlandskommission hat sich bereits zum dritten Male auf Kosten des Deutschen Reiches eine Wohnung einrichten lassen. Kostenaufwand letztmalig rund 175 000 Mark. In etwa 20 Klagen wurden Vorstell. eingerichtet. Theater und Kinos wurden in großem Stil beschlagnahmt. Nicht minder unerträglich sind die durch Einquartierung hervorgerufenen Verhältnisse. Sind doch z. B. in dem kleinen Kurort Adligshausen am Taunus, das 2700 Einwohner zählt, 5 Hotels und Pensionen, mehrere Fabriken und Wirtschaften und zahlreiche Villen in Anspruch genommen.

Die Denkschrift bemerkt abschließend, daß eine Befahrung nur möglich ist, wenn die Befahrungsmächte eine durchgreifende Verabredung erlassen und damit ein Zustand hergestellt wird, der mit dem Zwecke der Befahrung und mit dem Sinne des Friedensvertrages und Rheinlandsabkommens im Einklang steht.

Brandstifterpolitik

Wie berichtet wird, wurde in Halle a. d. Saale die große Scheune des Büchischen Gutes, in der 300 000 Rentner Weizen lagerten, infolge Brandstiftung ein Raub der Flammen. Als Brandstifter wurde ein Haller Arbeiter verhaftet, der erklärte, daß er im Einvernehmen mit seinen kommunistischen Parteifreunden gehandelt habe, die aus Mache über die hohen Kartoffelpreise planmäßig die Scheunen der Gutsbesitzer im Saalekreis in Brand zu setzen beabsichtigten.

Man sieht an diesem Beispiel, welches Unheil kommunistischer Rohheit in hierfür empfänglichen Schichten anrichten kann. Diese „Rachepolitik“, wie oben geschrieben, ist nicht nur verbrecherisch, sondern auch unklug. Was ist erreicht, wenn bei den hohen Kartoffelpreisen auch noch die Erntevorräte vernichtet werden?

Die Kartoffelverorgung

Berlin, 15. Okt. Bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wurde von den Vertretern des deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Besprechung lebhaft über die augenblickliche Lage der Kartoffelverorgung geklagt. Der Reichsminister wies darauf hin, daß die Kartoffelkrise im wesentlichen eine Preisfrage sei. Die Wagenstellung für Kartoffeln sei insbesondere infolge der Unmöglichkeit, die Wasserstrassen zu benutzen, nicht ausreichend genug gewesen. Er habe sich daher bereits vor längerer Zeit mit dem Reichsberufungsministerium in Verbindung gesetzt. Es müsse aber anerkannt werden, daß die Zahl der gestellten Wagen in der kurzen Zeit in erfreulicher Weise gestiegen sei und zurzeit täglich etwa 6500 betrage. Durch weitere energische Maßnahmen hoffe er, daß noch eine weitere Vermehrung der Wagenstellung erzielt werde. Von einer generellen Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen verpichte er sich jedoch mit Rücksicht auf die Vertriebsfreiheit der Ernte in den einzelnen Teilen Deutschlands und den bisher gemachten Erfahrungen keinen wesentlichen Erfolg, sondern viel eher einen Schaden für die Konsumenten. Dagegen müsse versucht werden, daß in härteren Fällen als bisher die Großkonsumentenverbände in Verbindung zu setzen sind und unter Festsetzung eines den örtlichen Verhältnissen gerecht werdenden Preises Lieferungsverträge abzuschließen sind. In dieser Richtung bin ich bereit Verhandlungen in meinem Ministerium einzuleiten. Er wolle nochmals der Landwirtschaft den Abschluß solcher Lieferungsverträge empfehlen. Von den Vertretern des Gewerkschaftsbundes wurde der Wunsch vorgetragen, mit Nachdruck gegen die Händler und Landwirte vorzugehen, die sich des Wunders schuldig machen. Zu diesem Zweck wurde der Ausbau des Preisprüfungsstelle angeregt. Minister Gerners erklärte sich bereit, bestimmte Anweisungen an die Preisprüfungsstellen herauszugeben.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

gefallen, daß auch zurzeit noch lebende Menschen griechischer Sprache auf der Welt seien. Wie eine Ahnung zog's durch seinen Sinn, daß hier etwas verkörpert vor ihm stehe, das im trotz aller geistlichen und weltlichen Weisheit fremd, unerreichbar...

Ich glaube als Lehrer gen Ziel zu kommen, sprach er wehmütig, und finde meine Meister. Wollt Ihr von Eurer Mutterprache nicht auch dann und wann ein Könnlein zuwenden?

Wenn Ihr die Tauben nicht aus der Stube verjagt, sprach Praxedis. Ihr könnt ja ein Praxeditierlein vor die Küche ziehen, wenn sie Euch und Haupt fliegen wollen.

Um eines reinen Griechisch willen... wollte Ekkehard erwidern, aber die Türe der engen Klause war aufgegangen.

Was wird hier von Tauben und reinem Griechisch verhandelt? Lang Frau Hadwig's scharfe Stimme. Braucht man so viel Zeit, um diese vier Wände anzuschauen? Nun, Herr Ekkehard, taugt Euch die Götze?

Er nickte bejahend. Dann soll sie gefaßert und instand gesetzt werden, für Frau Hadwig fort. Auf, Praxedis, die Hände gerührt und vor allem das Taubendol verjagt!

Ekkehard wollte es wagen, ein Wort für die Tauben einzulegen. Er so, sprach Frau Hadwig, Ihr würdet allein zu sein und Tauben zu hegen. Soll man Euch nicht auch eine Laute an die Wand hängen und Rosenblätter in Wein streuen? Gut, wir wollen sie nicht verjagen; aber heute abend sollen sie gebraut, unsern Tisch zieren.

Praxedis tat, als habe sie nichts gehört.

Wie war's mit dem reinen Griechisch? fragte nun die Herzogin. Unbefangen erzählte ihr Ekkehard, um was er die Griechin angegangen, da zogen die Stimmfäden wieder bei Frau Hadwig auf. Wenn Ihr so wichtigertig seid, so mögt Ihr mich fragen, tante sie, auch mir ist die Sprache geistig. Ekkehard sprach nichts dagegen. In ihrer Rede lag meistens eine Schärfe, die das Wort der Erwiderung im Munde abspinnte.

Die Herzogin war streng und genau in allem. Schon in den ersten Tagen nach Ekkehard's Ankunft entwarf sie einen Plan, in welcher Art sie zur Erlernung der lateinischen Sprache vorzuziehen wolle. Da fanden sie es am besten, eine Stunde des Tages der lateinischen Grammatik zu bestimmen, eine zweite der Lesung des Virgilus. Auf letztere freute sich Ekkehard sehr,

Bewerkschaftliches

Aus der badischen Zigaretten-Industrie!

Nach längeren schwierigen Verhandlungen am Montag den 10. Oktober ist es auch für diesen Zweig der Tabakindustrie zu einer Einigung in der Lohnfrage gekommen. Ueber die Ferien, Arbeitszeit und Entschädigung in Krankheitsfällen werden erneut die Verhandlungen auf zentraler Grundlage aufgenommen. Wegen dieser Punkten findet am Sonntag, 16. Okt., eine Kreisversammlung der Zigarettenarbeiter in Dresden statt. Die am Montag in Baden-Baden stattgefundenen Verhandlungen waren stark beeinflusst durch die am 1. Okt. in Kraft getretene erhöhte Panderolesteuer von 70 auf 100 Prozent. Die Mehrbelastung wird einen Konsumrückgang zur Folge haben, der gleichbedeutend ist mit Arbeitseinschränkungen, Entlassungen, event. auch Schließung von Betrieben.

Nachdem die Organisationsvertreter die Forderungen in Anbetracht der verschärften Steuer eingehend begründet hatten, machte der Arbeitgeberverband einen Vorschlag, der abgelehnt wurde. Schließlich einigte man sich in später Nachtstunden auf eine Zulage von 25 Prozent auf die jetzigen Gesamtarbeitslöhne, rückwirkend vom 1. Oktober 1921. Die Zulage bedeutet für die getrennten Handwerker, Schloffer, Dreher, Werkzeugmacher, Wedaniter und Zigarettenmaschinenführer pro Stunde 2.03 Mark, der Stundenlohn stieg von 8.11 Mark auf 10.14 Mark. Für die männlichen Hilfsarbeiter wurde der Stundenlohn entsprechend des Alters um 0.42 Mark bis 1.37 Mark erhöht. Nach dieser Regelung betragen die Stundenlöhne 1.68 Mark bis 6.55 Mark entsprechend des Alters und der Arbeitsleistung. Die Stundenlöhne der weiblichen Hilfskräfte wurden um 0.30 Mark bis 0.55 Mark erhöht, jedoch die jetzigen Stundenlöhne 1.53 bis 4.25 Mark betragen, ebenfalls entsprechend des Alters und der Arbeitsleistung. Für die Arbeiter kommen die 25 Prozent ebenfalls in Betracht.

In Anbetracht der allgemeinen Verhältnisse bedeutet diese Lohnregelung einen guten Erfolg für die Arbeiter. Der Erfolg war aber auch nur möglich, weil von den rund 1100 in Frage kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen 95 Prozent dem freien Zigarettenarbeiterverband und die restlichen 5 Prozent dem Metallarbeiterverband angehören.

An diesem günstigen Organisationsverhältnis sollen sich die Zigarettenarbeiter im freistaat Baden ein Beispiel nehmen. Bäre da die einheitlich geschlossene Organisation vorhanden — mit weniger Unkosten und Zeitverschwendung könnten viele berechtigten Wünsche der Kollegschaft baldigst verwirklicht werden. Trotz aller schätzbaren Kampftätigkeit unserer Gegner hat über die Hälfte der badischen Zigarettenarbeiter den Weg zum freien Zigarettenarbeiterverband, Sitz Bremen, gefunden. Weit über 20 000 Mitglieder stehen heute unter seinem Banner. Den Rest rufen wir zum Appell, zum gemeinsamen Handeln!

Also Zigarettenarbeiter, Kollegen und Kolleginnen allerorts, laßt euch nicht länger wie unnummiere Kinder am Gängelband führen von den Arbeitergespinnstlerern schwarzer und brauner Couleure. Laßt euch nicht mehr aufheben gegen eure Arbeitsbrüder und Arbeitsschwelmer, helft mit, daß das die Einheitsfront hergestellt ist. Nur in der Einmütigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft liegt die Kraft, müßt ihr auch der Erfolg. Auf zur gemeinsamen Tat!

Anmeldungen zum Verband oder Auskunft in Tarif- und sonstigen Fragen nimmt das Gaubüro Heidelberg, Hochbacherstraße 13, Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, Telefon 2892, oder Offenburger, Metzgerstraße 15, entgegen.

Aus der Partei

Germann Müller

Der frühere Reichslandtags- Hermann Müller spricht am 19. Oktober in Durlach, am 20. in Offenburger, am 21. in Lahr und am 22. Oktober in Baden-Baden. In Durlach wird die Versammlung, um den auswärts wohnenden Genossen und Genossinnen Gelegenheit zu geben, dieselbe zu besuchen, um 4 Uhr stattfinden. Wir ersuchen um lebhaftes Propaganda zu diesen Versammlungen. Das Parteisekretariat, Oskar Trinkl.

Passfeld, 14. Okt. Eine öffentliche Wählerversammlung findet Dienstag abend 7/8 Uhr im Gasthaus zur „Kanne“ statt. Redner ist Arbeitsminister Gen. Dr. Engler. Er sprechen ist Ehrenpflicht aller Arbeiter und Beamten.

I. Rinslingen a. Beeten, 17. Okt. Die Wählerversammlung am vergangenen Samstag abend hatte einen guten Besuch aufzuweisen trotz der vom Ortsvorstand einberufenen Bürgerver-

er gedachte sich zusammenzufassen und mit Aufbietung von Wissen, Schärfe und Feinheit der Herzogin die Pfade des Verständnisses zu ebnen.

Es ist doch kein unnütz Werk, sprach er, was die alten Poeten getan; wie nüchtern wäre es, eine Sprache zu erlernen, wenn sie uns nur im Wörterbuch überliefert wäre, wie die Getreidekörner in einem Sack, und wir die Mühle hätten, Mehl daraus zu mahlen und Brot daraus zu backen... Der Poet aber stellt alles wohlgefügt an seinen Platz, da ist kein erdener Poet und Inzucht, und die Form klingt lieblich rein wie Saitenspiel; woran wir uns sonst die Röhre auszubehnen hätten, das schürfen wir aus Dichters Hand wie Honiglein, und es schmeckt süß.

Das Herbe der Grammatik zu lindern, wußte Ekkehard keinen Ausweg. Für jeden Tag schrieb er der Herzogin die Aufgabe auf ein Pergamentblatt, die war des Lernens begierig, und wenn die Frühsonne über dem Bodensee aufstieg und ihre ersten Strahlen auf den hohen Zwiebel warf, stand sie schon in des Fenster's Wölbung und lernte, was ihr vorgelesen war, leise und laut, bis zu Ekkehard's Saal. Lang einst ihr einformig Gesagen: amo, amas, amat, amamus...

Praxedis aber hatte schwere Stunden. Sich zur Anregung, aber ihr zu nicht geringer Vangeweile, befaßte sie Frau Hadwig, jeweils das gleiche Stück Grammatik zu lernen. Kaum Schülerin, freute sie sich, mit dem, was sie lernt, ihre Dienerin zu mehren, und nie war sie zufriedener, als wenn Praxedis ein Hauptwort für ein Beiwort ansah oder ein unregelmäßig Zeitwort regelmäßig behandelte.

Des Abends kam die Herzogin hinüber zu Ekkehard's Gemach. Da mußte alles bereit sein zur Lesung des Virgil, Praxedis kam mit ihr, und da in Virgentius' nachgelassenen Büchern ein lateinisches Wörterbuch nicht vorhanden war, ward sie mit Anfertigung eines solchen beauftragt, denn sie hatte in jungen Tagen des Schreibens Kunst erlernt. Frau Hadwig war dessen minder erfahren; Wozu wären die geistlichen Männer, sprach sie, wenn ein jeder die Kunst verstünde, die ihrem Stand zukommt? Schmeiben sollen die Schmeide, rechen die Rechen und schreiben die Schreiber, und soll kein Durcheinander entstehen. Doch hatte Frau Hadwig sich wohl geübt, ihren Namensang in künstlich verflochtenen großen Buchstaben den siegels behangenen Urkunden als Herrin des Landes beizufügen.

(Fortsetzung folgt.)

Ekkehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

Praxedis ludte den Tauben, die unbefangen in der Bücherstube verblieben waren, und wie sie nicht kamen, warf sie einen weißen Wollknäuel auf den Tisch, da floh der Tauber herüber, vermeinend, es sei eine neue Taube angekommen, und ging dem Knäuel mit gemessenen Schritten entgegen, zwei vor und einen zurück, und verbeugte sich und grüßte mit langgezogenem Surren. Praxedis aber nahm den Knäuel an sich, da floh ihr der Vogel auf den Kopf.

Da hab sie leise an, eine griechische Singweise zu summen; es war das alte Lied des alten, ewig jungen Sängers von Lesbos: Ei sieh, du holdes Täubchen, Wo kommst du hergefloten? Woher die Salbendüfte, Die du, die Luft durchwandelnd, Aushauchst und niederträufelst? Wer bist du? was beliebt dir?

Ekkehard horchte auf und warf einen schier erschrockenen Blick von dem Kobel, den er durchblätterte, herüber; wäre sein Aug' für natürliche Annus geblüht gewesen, so hätte es wohl länger auf der Griechin fasten dürfen. Der Tauber war ihr auf die Hand gepöft, sie hielt ihn mit gebogenem Arm in die Höhe — Anatrons alter Landmann, der bereinigt den parischen Marmorblock zur Venus von Knidos umschuf, hätte das Bild dauernd seinem Gedächtnis eingepägt.

Was singt Ihr? fragte Ekkehard. Das klingt ja wie fremde Sprache.

Warum soll's nicht so klingen? Griechisch?!

Warum soll ich nicht griechisch singen? gab ihm Praxedis schimpflich zurück.

Bei der Leiter des Domes, sprach Ekkehard verwundert, wo in aller Welt habt Ihr das erlernt, unserer Geseßsamkeit höchstes Ziel?

Zu Hause!... sagte Praxedis gelassen und ließ die Taube zurückfliegen.

Da schaute Ekkehard noch einmal in schiefer Hochachtung herüber. Bei Aristoteles und Plato war's ihm seither kaum an-

Die so fratische auf...

Die Be...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Zu den Landtagswahlen am 30. Oktober

Einige Worte an das „geistige Proletariat“

Einer Sache sympathisch gegenüber zu stehen, ohne die letzten Konsequenzen aus seiner Haltung zu ziehen, ist unlogisch, in gewissen Fällen direkt unmännlich. Doch etwas nicht erkennen zu wollen, dessen Tatbestand und Wichtigkeit das eigene täglich verspüren muß, ist förmlich unverständlich.

Schonungslos hat die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens den Geistesarbeiter, insbesondere das große Heer der Beamten, zum Proletariat gemacht. Alles, aber auch wirklich alles haben die Teuerungsbewältigung ihm genommen. Die Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten sind dahin; die geordnete Haushaltsführung ist untergraben, die Not herrscht in Küche und Keller, in Schränken, überall! Die Erziehung der Kinder ist gefährdet, Sorgen auf Sorgen häufen sich. Nur die schärfste Anwendung und Ausnutzung des sozialistischen Steuer-, Finanz- und Bodenreformprogramms wird deshalb dem Geistesarbeiter wieder neue Aufsteigsmöglichkeiten zu gesundem wirtschaftlichen Verhalten schaffen.

Die große Mehrheit weiß es, und doch verhalten sich viele davon noch passiv, d. h. sie warten auf die Früchte, die andere für die Gesamtheit zu erlangen bestrebt sind, ohne daß sie sich aber selbst ein wenig darum bemühen. Was ist es denn, das den Beamten heute noch vom Arbeiter trennt? Gibt es überhaupt noch etwas Trennendes? Nein! Es gibt nur eine Klasse von Lohn- und Gehaltsempfängern und allen geht fast bündig elend schlecht. Sie das nicht selbst und auch anderen gegenüber einzusehen, ist eine Lüge, ein Selbstbetrug. Arbeit verleiht stets einen wachsenden Adel, und der ist ein Dummkopf, dem vorwärts, er sei, weil er eine Klasse höher eingestuft ist oder 100 M mehr bekommt wie der andere, zu gut, um mit dem anderen gemeinsame Interessen zu entdecken.

Ohne die Intelligenz ist das Reich ein Rumpf ohne Kopf. Aber die Intelligenz führt im Volke, wächst aus dem Volke, das ihr täglich neue Kräfte zuführt. Eine Kette von gemeinsamen Interessen verbindet Kopf- und Handarbeiter; eine halbe Erfüllung würde es bedeuten, wenn ihre Einigung erfolgen würde, nachdem in letzter Zeit eine große Einigung zu beobachten war. Bekennernut hat noch immer schöne Taten erzeugt, soll Not und Sorge wieder in natürliche Grenzen zurückgebrängt werden, gibt es ein Zusammenarbeiten aller, die da schaffen ums tägliche Brot. Was hilft das Fieren, Ueberlegen, verkehrtes Ständebewußtsein usw., wenn wir unsere Frauen und Kinder nicht mehr ordentlich ernähren können? Hat das noch keinem zu denken gegeben, der heute noch nervös aufzuckt, wenn das Wort „Proletariat“ fällt und dessen Inneres sich künstlich erregt, wenn dieses Wort gar mit Bezug auf ihn oder seinen Stand gebraucht wird.

Ein Ende mit dieser Komödie! Wir sind es nun mal und alles Voranzeln nicht nichts. Deshalb heißt es die Konsequenzen daraus ziehen, gerade im Interesse der Zukunft deutschen Volkes!

Die Sozialdemokratie als Vertreterin der Beamtenschaft

Wie schon in der Vorwahlzeit, war die Sozialdemokratie auch im Landtag der Republik bemüht, den Beamten-

ein auskömmliches Dasein zu sichern. Wenn wir heute auch durch die Finanznot stark beengt sind, so wurde deshalb doch durch die verschiedenen Besoldungsgesetze Vor- sorge getroffen, der Beamtenschaft weitmöglichstes Auskommen zu sichern. Hierbei richtete die sozialdemokratische Fraktion, indem sie sehr wohl die Verdienste aller Schichten der Beamtenschaft und der Staatsarbeiter um Staat und Volk anerkannte, ihr Hauptaugenmerk darauf, den mittleren und unteren Beamten sowie den Staatsarbeitern einigermaßen erträgliche Daseinsbedingungen zu verschaffen — eine Forderung, die noch weitergehender Erfüllung bedarf — und einzelnen Sparten der hierin ebenfalls noch nicht Genüge getanen oberen Beamtenschaft die Erhaltung des Kulturniveaus zu ermöglichen. An Stelle des Titelweijens propagierte die Sozialdemokratie ausreichende Besoldung. In der Frage der Ortsklasseneinteilung befürwortete sie aufs wärmste die berechtigten Wünsche der badischen Beamtenschaft. Beim Beamtenrecht vertrat sie die weitgehendste Freiheit des Beamtenums, das der Sozialdemokratie auch die hohe Errungenschaft der Dienststellen auszufließen verdrängt. In gleicher Weise vertrat die sozialdemokratische Fraktion die Forderungen der Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamten auf ausreichende Bezahlung und Sicherung ihrer Rechte. Nicht zurückgestellt wurden dabei auch die Forderungen der hinterbliebenen und zur Hegegezeiten Beamten. Kein Mittel blieb unversucht, die Beamten über die Schwere der Zeit hinwegzubringen. Dies wird auch in Zukunft so sein, wenn die Sozialdemokratie in entsprechender Stärke im Landtag vertreten bleibt. Deshalb muß die Parole der Beamtenschaft am 30. Oktober sein: Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels!

Sozialdemokratie und Kunst

Wer in der abgelaufenen Periode des Landtags dessen Verhandlungen etwas verfolgte, wird die manchen Bürgergenüß etwas fonderbar vorkommende Tatsache beobachtet haben, daß die Arbeiterpartei es war, die sich schließend vor die Kunst hinstellte, während von gewissen Intelligenzschichten und Besitzenden getragene deutschnationale Partei es war, die sich nicht scheute, die Kunst verkümmern zu lassen. Im Karlsruhe Kunstsalonrecht waren es die Deutschnationalen, die eine zeitgemäße Entwicklung der Landeskunst fördern wollten, während die Sozialdemokratie für Durchführung des künstlerischen Programms eintrat. Dank der Republik haben wir endlich auch die Zusammenfassung der Sammlungen im Karlsruhe Schloß, das damit eine würdige Verwendung findet, zu einer Landesausstellung erreicht. Beim Karlsruher Landesbühnen waren es ebenfalls wieder die Deutschnationalen (diesmal im Bunde mit einer Reihe Bananen der Zentrumspartei), die gegen die Bewilligung der Mittel für dieses alte Kunststätten stimmten, während die Sozialdemokratie durch geschlossene Abstimmung die Mittel für das Landesbühnen bewilligte, der bedeutenden Rolle der Kunst für Stadt und Volk wohl gedenkend. Von sozialen Erwägungen für das Theaterpersonal abgesehen, ist sich die Sozialdemokratie der Notwendigkeit der

Erhaltung der badischen Kunsttradition wohl bewußt gewesen und wird auch in Zukunft ihre Pflicht gegenüber der Kunst erfüllen. Wer deshalb will, daß fürderhin die Kunst im badischen Landtag ihre alte Heimstätte behalten soll, muß am 30. Oktober seine Stimme der sozialdemokratischen Liste geben.

Deutschliberale Anerkennung des Badischen Landtags

In Wort und Schrift macht die Deutsch-Liberale Volkspartei die lebhafteste Wahlpropaganda, wobei sie gern immer wieder betont, welcher Mangel es für das Landesparlament ist, daß sie bisher in der badischen Volksvertretung nicht vertreten ist. Daß jedoch die Tätigkeit des Badischen Landtags nicht unter diesem „Mangel“ litt, müssen die Wortführer der Deutsch-Liberalen Volkspartei trotzdem zugeben. Deshalb muß auch das Karlsruher Organ der Deutsch-Liberalen Volkspartei, die „Badische Presse“, die Leistung der badischen Volksvertretung in folgenden Worten preisen:

„Wenn man Rücksicht hält auf die Leistungen früherer Landtage in der Friedenszeit, so muß man, objektiv urteilend, anerkennen, daß der nun zu Ende gehende Landtag nicht nur einen Vergleich mit jedem früheren anhalten kann, sondern daß er, was Fleiß und Sachlichkeit betrifft, manchen vorrevolutionären als Muster hätte dienen können. Dabei sei ganz unberücksichtigt, daß ihm wiederholt „schwere Umstände“ die Arbeit nicht gerade leicht gemacht haben. Der Landtag kann mit Befriedigung auf sein Werk zurückschauen.“

Der 1. Landtag der Badischen Republik kann also selbst nach den Feststellungen des Karlsruher Stimmzettels den früheren Landtagen nationalliberalen Gepräges als Muster dienen. Ein besseres Zeugnis kann man den Volksvertretern wohl nicht ausstellen. Unachtsams dieser Feststellung dürfte es wahrlich zientlich überflüssig sein, Vertreter der badischen Stimmspartei in den Landtag zu wählen, da sonst die Gefahr sehr nahe ist, daß der Landtag nicht mehr als Muster dienen kann. Den reaktionären Agitatoren und Organen wie der „Süddeutschen Zeitung“, sei jedoch diese anerkennenswerte Feststellung mahnend entgegengehalten.

Ein alter Zentrumsklepper

Das Zentrum ist diesmal arm an Material gegen die Sozialdemokratie. Da jedoch „neue Köpfe“ meinen, etwas besonderes bringen zu müssen, verfallen sie auf Ideen, die ihnen neu erschienen, in Wirklichkeit jedoch sehr ausgetreten sind. Dies ist insbesondere der Fall bei einem neuen Artikel des Zentrumspresseleiter Kulturfeststellungen gegen die Sozialdemokratie macht, dabei jedoch neben Belanglosigkeiten sein Material der unabhängigen und kommunistischen Presse entnimmt — ein etwas antiquiertes Verfahren, das der politischen Großartigkeit dieser kommenden Zentrumspresse kein besonderes Zeugnis ausstellt, vorausgesetzt, daß sich Herr Dr. Jäger nicht entschließt, noch recht viel zu lernen.

Parteienossen stärkt den Wahlfond!

Wurde eine Entschädigung auf Einführung des Gemeindebestimmungsrechts und auf zeitliche Einschränkung der Konzeptions-erstellung, und eine auf frühere Aufhebung der Postgebühren angenommen. Die erste wichtige Einmütigkeit, in deren Folge die Veranstaltung stand, kam in der Wahl der Redner zum Ausdruck, so daß Männer und Frauen aller Parteien und aller Weltanschauungen zu Wort kamen.

Mit einer öffentlichen Versammlung, die der „Deutsche Bund christlicher Frauen“ einberufen hatte, und in der Stadtpark-Du-a-r-d-Haus in der Straße am Hauptbahnhof stattfand, fand die Tagung ein Ende.

Serichtszeitung

Ein fingierter Postraub. Vor dem Schöffengericht in Mosbach wurde der Postraub in Fahrenbach verhandelt. Der dortige Postagent Heistermann soll in der Nacht zum 28. Februar von einem Unbekannten überfallen und der Postkassette mit 17000 M beraubt worden sein. Durch die Untersuchung kam in die Sache kein Licht und der Verdacht lenkte sich auf den Postagenten. Er wurde angeklagt der Amtsunterschlagung und des fingierten Heberfalls. Der Angeklagte wurde jedoch freigesprochen, da es an hinlänglichen Beweisen fehlte.

Kleine badische Chronik

1. Gegenstein, 13. Okt. Die Ruhr, auch eine Kriegserregungssache, sucht in diesem Spätherbst unsere Gemeinde schwer heim. Schon voriges Jahr trat sie in beträchtlichem Umfang auf. Diesmal aber nimmt diese Seuche bedrückende Formen an. Die ansteckende Gefährlichkeit beweist der Umstand, daß sie so ziemlich auf gewisse Ortsteile lokalisiert ist, dort aber ist fast kein Haus mehr verschont. Eine Anzahl Einwohner sind der Seuche bereits zum Opfer gefallen, auch Schulkinder. Es ist daher die Frage zu prüfen, ob die Schule nicht zu schließen ist. Größte Reinlichkeit und Vorsicht ist in diesem Falle dringend zu empfehlen.

Seidelberg, 13. Okt. Auf Anregung des Ministeriums des Innern hatte das Bezirksamt hier die Vertreter der verschiedenen Organisationen von Erzeugern, Verbrauchern, Händlern usw. zu einer Besprechung über die Bekämpfung der Preisstreberei eingeladen. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um die Höhe des Kartoffelpreises. Es wurde mitgeteilt, daß in Würtemberg und Bayern der Preis der Kartoffeln 40—60 M pro Zentner beträgt, und daß die norddeutschen Kartoffeln zu 55—60 M ab Station angeboten werden, so daß sie mit Einrechnung der Fracht, des Aufwands und des Händlerverdienstes auf 78—80 M zu stehen kommen. Das aus Norddeutschland bezog-

Sammlung. Als Referent war Genosse Hude aus Karlsruhe erschienen, dessen Ausführungen mit großem Interesse entgegengenommen wurden. Dem Redner wurde lebhafter Beifall spendend sowohl für seine Ausführungen wie auch für sein aufmunterndes Schlusswort. Im Anschluß an die Versammlung wurde zur Gründung eines Parteiverbands geschritten, dem sofort über 20 Genossen beitraten. Zum Vorpresidenten wurde Gen. W. Döckel gewählt. Die Zellerammlung für den Wahlfond ergab den Betrag von 4260 M. Möge der neue Verein sich gut entwickeln im Interesse der künftigen Arbeiterklasse.

Für Wahlfond fanden ein: Karlsruhe (2. Rate) 500 M, Königsbach 50 M, Selbach 78 M, Forst 397 M, Königsbach (2. Rate) 86 M, Sandweier 67 M, Dös 150 M, Ottenau (3. Rate) 50 M, E. A. 100 M, Malch 100 M, Zinnenberg (2. Rate) 106 M, Rte (2. Rate) 200 M, Kleinsteinsbach 7250 M, Durlach (3. Rate) 500 M, Gausbach (Zellerammlung) 30 M, Gbbschen 53 M, Rangentbach 178 M, Walmbach 100 M, Wiantenloch (2. Rate) 130 M, Weingarten (2. Rate) 398 M, Auerbach 4670 M, Weiler 25 M, Wulfsbach (Zellerammlung) 50 M, Königsbach (3. Rate) 19880 M, Wilsferdingen (2. Rate, Zellerammlung) 31 M, Wilsferdingen (3. Rate) 47 M, Reichenbach 150 M, Walg 47 M, Graben (3. Rate) 131 M. Das Parteisekretariat: Oskar Trinius.

Soziale Rundschau

Deutscher Alkoholgegnertag

Einen bedeutsamen Verlauf nahm die Tagung der Alkoholgegner in Breslau vom 6. bis 11. Oktober. In wissenschaftlichen Vorträgen über die verschiedensten medizinischen, juristischen, volkswirtschaftlichen, kulturellen Fragen und ihre Beziehungen zum Alkohol, wie in öffentlichen Kundgebungen wurde Inhalt und Ziel der Bewegung erarbeitet und Kraftvoll vor die Öffentlichkeit gestellt.

Die Vertreter fast aller Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sowie der Kirchen gaben ihrer uneingeschränkten Teilnahme für die Bestrebungen der in der Reichshauptstadt gegen den Alkoholismus zusammengefügten Alkoholgegner Ausdruck. Ein Vortrag von Prof. Dr. Hans Schmidt (Lüdingen): „Der Alkohol im Weltkrieg“ schloß sich an. Nachmittags referierte Professor Dr. Schaffner (Köln) über den neuen Entwurf zum Strafgesetzbuch. Verurteilung soll nicht strafmildernd wirken, sondern auch als solche bestraft werden. Zu bestrafen ist der Alkoholanständ an Jugendlichen und Betrunkene. Im Verlaufe der Debatte über die Berichte von Pastor Dr. Stube (Kiel), H. Gose (Hamburg), Vater Franke (Berlin) über die nötigen Reformen des Konzeptionswesens

gene Saaiqu müße mit 90—100 M bezahlt werden. Ein Entschluß wurde nicht gefaßt, dagegen wurde gewünscht, daß gegen die Verschickung von Kartoffeln ins Ausland energisch Front gemacht werden müsse.

8. Oberkirch, 9. Okt. Beim herrlichsten Herbstwetter zogen am vergangenen Sonntag die Geigenbacher Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes in unser Städtchen ein, um zusammen mit den hiesigen Kollegen das Herbstfest des Turnvereins „Freiheit“ durch theatralische Darbietungen zu feiern. Schon um 1/2 11 Uhr begann der schon geschmückte Saal der Stadt Strahburg sich zu füllen und als der Eröffnungsmarsch und die Begrüßung durch den Gauleiter des D.A.T.V.Ds., Turngenosse H. Schultheiß, den Beginn des Festes ankündigte, war kaum mehr ein Plätzchen frei. Konzertdarbietungen wechselten mit sehr schönen Vorträgen und komischen Darbietungen der Geigenbacher Kollegen ab. Nach kurzer Pause begann nun um 7 Uhr das eigentliche Programm, das Turngen. St. Schwarz mit einer kurzen Ansprache einleitete und das aus Streichkonzert und schönen turnerischen Auführungen aller Stufen bestand. Ein gelungenes Lustspiel des Theaterclubs der Turnerschaft (Orsgl. des D.A.T.V.Ds.), das wahre Lachsalen auslöste, sowie ein sinniger Prolog des Leiters machten dann dem sehnsüchtig erwarteten Tanzergnügen Platz, bis die vorgezeichnete Stunde zum Aufbruch mahnte. Alles in allem kann der Turnverein „Freiheit“ stolz darauf sein, abermals ein schönes Fest gehabt zu haben. Mit Interesse sieht man seinem diesjährigen Weihnachtsfest entgegen.

Impfingen, 14. Okt. Ein loyaltater Tropfen. Drei Halbhidfässer mit 1800 Liter Neuen aus der Neustädter Geigenbader getrun mittag von einem Karlsruher Lastauto auf die Straße. Die Fässer zerprangen und der teure Wein floss in Strömen in den Straßenrinnen. Der Führer, der den Schleifberg herunterkam, wollte unten einem Fuhrwerk ausweichen, wobei durch den plötzlichen Auf auf dem Anhängewagen die Ketten rissen. Der Schaden dürfte etwa 30000 M betragen.

Kappelwäldchen, 14. Okt. Der 33jährige Karo kam in betrunkenem Zustande nach Hause und geriet mit seinem 25-jährigen taubstummen Vater in Streit. Die beiden rangen auf dem Boden miteinander, wobei sich der bedrängte Vater mit einem Messer zur Wehr setzte und seinem Sohne mehrfach in den Leib und den Herzgegend steck, so daß dieser bald darauf starb. Der Vater, ein ruhiger Mann, wurde verhaftet.

Waltersweiler (Amt Offenburg), 13. Okt. Die Ruhr. Seit Wochen macht sich hier der unheilvolle Gast, die Ruhr, bemerkbar. Noch immer fordert sie neue Opfer. Die Schule ist geschlossen, einige Häuser sind für den Verkehr gesperrt. In den letzten Tagen erlagen wieder zwei Personen dieser tödlichen Krankheit.

DECEAS Spar-Glühkörper

25% Gasersparnis

Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O.17

Leiberg, 18. Okt. Schwere Strafe. Das Schöffengericht bewertete den aus Altmundshofen stammenden Bernhard Schuler, der vor einiger Zeit Milch in ekelhafter Weise verunreinigt hatte, wegen dieser Tat zu drei Monaten Gefängnis, wegen Einbruchsdiebstahls zu einem Jahr und wegen Fahrradiebstahls zu fünf Monaten Gefängnis. Die Einzelstrafen wurden in eine Gesamtstrafe von zwei Jahren zusammengerechnet.

Buchen, 14. Okt. Von den 300 Doppelgetreide, die hier abgeliefert werden müssen, sind bisher nur 168 Doppelgetreide abgeliefert worden. Wenn bis 1. Nov. die rückständige Menge nicht abgeliefert ist, wird gegen die Säumigen mit Strafen vorgegangen.

Güterverkehr mit Italien. Am 1. Oktober ist der erste Güterverkehr für den Verkehr mit einem der seither feindlichen Länder in Kraft getreten. Er gilt für bestimmte Güter, und zwar in der Hauptsache für Feld- und Gartenfrüchte, Obst, Süßfrüchte, andere Lebensmittel und frische Blumen aus Italien, für Bier nach Italien und Güter aller Art im Durchgang durch Italien in Wagenladungen.

Die Torfgewinnung. Aus einer Zusammenstellung des statistischen Reichsamtes über die Torfmoore im deutschen Reich geht hervor, daß auf Baden und Württemberg 50 000 Hektar entfallen. Der demontierte Brenntorf wird für das ganze Jahr 1921 in ganz Deutschland auf rund 3 Millionen Tonnen geschätzt. In Süddeutschland gab es im Jahr 1913 29 Torfwerke mit 1108 Arbeitern, im Jahre 1920 zählte man 77 Werke mit 4523 Arbeitern.

Guten Appetit! Wir haben in der Nr. 146 des „Volksfreund“ vom 27. Juni eine Notiz gebracht des Inhalts, daß der Gemeinderat und Landwirt Weihenburger in Au a. Rh. an den Metzger Ernst Weihenburger daselbst ein verendetes Kalb verkauft, und daß der Metzger Weihenburger das Kalb ausgehauen und das Fleisch verkauft habe. Nachdem die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung eingestellt worden ist, setzen wir nicht an, die in der Notiz gemachten Angaben mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

Badische Politik

Die deutsche Wohlfahrtskanzlei zu Heidelberg, Werderstraße 74

Unsere Leser meinen wohl, daß es sich hier um eine Organisation für hungernde Kinder, stillende Mütter oder Invaliden der Arbeit handelt? Nein, diese Wohlfahrtskanzlei hat sich, wie aus den Drucksachen, die gegenwärtig von Heidelberg aus an Beamte und Angestellte geschickt werden, hervorgeht, eine viel realere und höhere Aufgabe gestellt. Sie sammelt für die Arnold-Ruge-Spende. Sie soll, wie es heißt, unseren Kämpfer Lebens- und Kampfeskräfte erhalten und ihn ermutigen, auszuhalten und weiterzumachen, bis wir wieder Herr im eigenen Hause sind. Der Rest wird dem deutschvölkischen Kampf zugewandt. Ach, der arme Rest!

Aber Arnold Ruge ist nicht nur Philosoph und Politiker, er ist auch fürnehmlich geschäftstüchtiger Mann. Zufällig wohnt er in Heidelberg, Werderstraße 74, von wo die „Deutsche Wohlfahrtskanzlei“ ihre Briefe schreibt. Er vertritt die Ansichten, in denen er nachweist, wie ihn der verjudete Senat, das verjudete Ministerium, der verjudete Studentenausschuß, das verjudete Bezirksamt und das verjudete Schöffengericht feindselig getrieben und entrechtet haben. Er sammelt die Gelder und führt sie „bis auf den Rest“ — Arnold Ruge zu. Und Arnold Ruge legt dann seiner Wohlfahrtskanzlei Rechnung darüber, wie das Geld der Ärmsten im Geiste verwendet wurde. Jetzt begreift man die teutonische Wut gegen die „jüdischen Schmorzer“, „unlautere Konkurrenz!“, „am Antifemismus stirbt man nicht, sondern man lebt davon.“

Zum Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Oktober 1921. (Mitteilung vom Statistischen Landesamt.) Die Witterung war im abgelaufenen Monat September für die Erlebigung der Feldgewächse im allgemeinen recht günstig. Ein Teil der Winterfrüchte, insbesondere Winterroggen und Wintergerste ist schon untergebracht, kann jedoch mancherorts infolge von Trockenheit, die namentlich im Hinterlande unvermindert anhält, nicht aufgehen. — Auch die Kartoffelernte ist fast überall im Gange und da und dort schon beendet. Sie fällt in Südbaden befriedigend aus und bringt z. T. höhere Erträge als man erwartete. In den übrigen Landesteilen sind die Ernteergebnisse weniger gut und schwanken je nach Lage und Bodenbeschaffenheit recht erheblich. Die mancherorts geernteten geringen Mengen sind vielfach noch von Mäusen und Insekten gefressen. Ueber erheblichen Schaden durch Mäuse liegen aus einem Drittel sämtlicher Amtsbezirke Meldungen vor. — Die Futterernte haben sich nach Eintritt des Regens gut entwickelt und geben meist befriedigende Erträge. Das gleiche gilt für die Zuckerrüben, die als sehr zuckerreich bezeichnet werden.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

„Der Troubadour“

Die Aufnahme beim Publikum bewies, daß die Wahl gut, sehr gut war. Das Werk mit seiner nach Belieben aufzufassenden Handlung ist eine der ganz wenigen richtigen Opern, die ein Stück wirklich dramatischer Musik. Die entsprechende Wirkung war unverkennbar. — In der Aufführung war Paula Weber als Azuzena neu. Seit Jahren die beste, am meisten ausgereifte Verkörperung dieser in ihrer Art grandiosen Partie. Gefanglich von durchdringender Kraft und wahrhaft schöner Tongabe, waren Vortrag und Gestaltung von so ausgesprochener Künstlerkraft getragen, daß ohne weiteres von einer ungewöhnlichen Leistung und einem entsprechenden Erfolg geredet werden kann. Marie von Ernsts himmlisch leuchtende und darstellerisch uralte Leonore war von gewohnter Eindringlichkeit.

Wilhelm Rentwig sang den Maurice. Schien er zuweilen indisponiert, so konnte darin der Schein trügen. Dem Sänger fehlt die dem lyrischen Tenor dringende nötige Beherrschung der Mittelstimme an den Pianostellen. Hier trägt seine Stimme gar nicht. Die sich fast moosartig ausnehmende Stelle „Ja doch im ewigen Strahlenmeer“ ging vollständig verloren. In der Höhe zeigt die Stimme Leuchtkraft und Gestaltungsmöglichkeit. Die Mizerere gelang ausnehmend schön. Der Künstler sollte sich auf die Laufbahn des Helldenkens begeben; hier ist sicher viel für ihn zu holen! — Rudolf Wehrauch hat sich als Graf Luna hier glänzend eingeführt; das soll ihn aber von einer gewissen stimmlichen Sorgfalt auch jetzt nicht zurückhalten. Seine prächtige Stimme sitzt so gut, daß er zuweilen ein wenig unbedenklich auf die Höhe losgeht. Letztlich ist der „Troubadour“ zwar noch nie ein Kunstwerk gewesen, aber zur Wahrung der Einheitslichkeit empfiehlt es sich doch, nicht vom Original abzuweichen; so heißt es im 1. Akt nicht „deine Seligkeit war er“, sondern „er war deine Seligkeit“ u. a. m. Gerade bei der großen Künstlerkraft Wehrauchs stören solche Kleinigkeiten. Karl Gieseler gab, wie immer, einen weit über die Schablone ragenden Terrano. Wilhelm Schweppe zählt den „Troubadour“ zu seinen Spezialitäten; und das mit Recht.

den. Die Bienen, auch da und dort die nicht bewässerten, haben nachträglich noch ziemlich Dehnung geliefert. Vielfach wird sogar zweites, sog. Nachhomb, geerntet, das mancherorts höhere Erträge liefert, als das erste Homb. Außerdem steht in manchen Gegenden eine reiche Herbstweide zur Verfügung, wodurch die Heubarräfte gespart werden können. Auch Stoppelklee und andere Futterpflanzen (Grünmais und dergl.) werfen zur Grünfütterung noch recht beachtenswerte Erträge ab. — Für die Reben war die Witterung äußerst günstig. Die Trauben sind gesund geblieben und rasch gereift. Mit dem Herbst wurde fast überall begonnen. Während die Qualität des neuen Weins allgemein außerordentlich gerühmt wird, läßt nach den vorliegenden Meldungen die Menge vielerorts sehr zu wünschen übrig.

Die Frauen und die Landtagswahlen

Wir stehen zwar nur noch knappe 2 Wochen vor der Wahl, und dennoch ist noch kein richtiges Wahlfeiern in unserer Stadt zu konstatieren. Daran ändern auch die paar bisher stattgefundenen Wahlversammlungen nichts.

Die Sozialdemokratische Partei eröffnete den Reigen ihrer Wahlversammlungen mit einer öffentlichen Frauenversammlung am Sonntag abend im oberen Saal des Sangerhauses. Der Besuch kann nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Als Rednerin war Genossin Reichstagsabg. Pfülf-München gewonnen worden, die in leicht verständlicher, überzeugender Weise, von tiefer Sachkenntnis getragenen Ausführungen das Thema „Die Frau und die Landtagswahlen“ behandelte. Genossin Reichstagsabg. Pfülf-München wies eingangs ihrer Rede auf den Urteilspruch des Reichsverbandes über Oberstleuten hin, wodurch uns ungeborener wirtschaftlicher und politischer Schaden zugefügt wurde. Wir Frauen wünschen, daß die Politik des Kabinetts Dr. Wirth, die Politik des Friedens weiterhin geführt wird, da wir Frauen das allergrößte Interesse daran haben. Die Frauen haben im Gegensatz zu vielen Männern eingesehen, daß es für uns die vornehmste Aufgabe ist, den Frieden zu propagieren. Die Rednerin wandte sich sodann gegen die Treibereien der Deutschnationalen und Volksparteier, die anlässlich der Teilung Oberstleutens den Augenblick wieder als gekommen erachten, gegen den Friedensvertrag und zur Politik der Tat auffordern. Wohl werde die Teilung Oberstleutens uns unsechere Verluste bringen an Kohle, Erze, Eisen usw., aber es sind eben alles nur Folgen des verloren gegangenen Krieges. Dagegen hilft nicht die Gefühlspolitik und nicht ein Waffengeld, hinter dem in Wirklichkeit nichts steht. Anstatt daß die Deutschnationalen und Teile der Volkspartei sich während der Reichstagsabg. hinter die Regierung gestellt haben, haben sie die Regierung bekämpft und heruntergerissen und so das Ansehen derselben geschädigt. Viel Schuld daran trägt auch die heberische Presse, die geradezu unnormaler Weise, wenn wir heute keine besseren Verhältnisse haben, so ist daran die Gebanklosigkeit des deutschen Volkes, auch der Frauen, vor dem Kriege schuld.

Die deutschen Frauen sind verpflichtet, für eine bessere Zukunft zu sorgen und dies insbesondere in Zeiten der Parlamentarismen. Heute wählen viele Frauen diejenigen Parteien, welche den Blick nach rückwärts wenden. Die Frau muß aus den engen Grenzen der Familie in die Gemeinschaftsarbeit eintreten. Nur wirtschaftlich und geistig freie Frauen können eine gute Zukunft schaffen, wirklich freie Menschen und wahrenhafte Republikaner erziehen. Dazu ist vor allen Dingen ein ausgebreiteter Frauenstudium notwendig, für den die Sozialdemokratie schon seit Jahrzehnten kämpft. Die Bürgerlichen können nicht genug von der Heiligkeit der Familie sprechen, wo blieb aber die geistige z. B. während des Krieges, wo die Männer in den Fronten stehen mußten und die Frauen von den Kindern weg in die Munitionsfabriken gesteckt wurden? Dank des Einflusses der Sozialdemokratie wurde das Wöchnerinnenstudium verbessert, hinreichend ist es allerdings noch nicht, aber mehr konnte die Sozialdemokratie in Anbetracht der Verhältnisse nicht erreichen. Nicht mit Jugendstrafen können wir Bevölkerungspolitik treiben, sondern es muß die Möglichkeit vorhanden sein, daß die Kinder auch ernährt, gekleidet und erzogen werden können und die Mutter — ledig wie verheiratet — auch den nötigen Schutz erhält. Wir müssen durch soziale Einrichtungen sorgen, daß das Mutterwerden wieder zur Freude wird. Der Staat hat nicht nur seinen Beamten Kinderzulagen zu geben, sondern allen Minderbemittelten. In allen Schulen müssen Unterricht und Lehrmittel frei sein.

In überzeugender Weise legte Genossin Pfülf die Notwendigkeit der Beteiligung der Frau an den Landtagswahlen dar. Der Vorschlag mancher wichtiger Artikel der Reichsverfassung liegt bei den Einzelstaaten. Welcher Geist in den Geleisen herrsche, sei ebenfalls Sache der einzelnen Bundesstaaten. Ein überaus wichtiges Kapitel ist die Jugendberufshilfe und das Fürsorgewesen. Hier haben die Frauen ein dankbares Feld, denn in den Jugendämtern ist die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frau notwendig. In den Fürsorgeanstalten liegt sehr viel im Argen, oft werden die Jüglinge mißhandelt, anstatt Nützlich zu erziehen, um aus ihnen brauchbare Menschen erziehen zu lassen. Auf dem Gebiet der Schule steht sehr viel auf dem Spiel. Baden hatte bisher eine freigeistige Schule, die erhalten bleiben muß. Wir müssen denkende Menschen erziehen, die Schule muß eine Vorbereitung für das Leben sein. Es darf kein Mißverhältnis zwischen dem was gelehrt wird und in Wirklichkeit besteht. Die Wurzel alles Übels ist die Wohnungsnot, die nicht durch Parteiverfassungen aus der Welt geschafft wird, sondern es kommt darauf an, wie die Parlamente zusammengesetzt sind. Mit begeisterten Worten appellierte die Rednerin an die Versammelten, daß es Pflicht der Frauen ist, der Vertreterin des wertvollen Volkes, der Sozialdemokratie am Wahltage die Stimme zu geben, damit eine starke sozialdemokratische Vertretung aus der Wahl hervorgehe. Dies sei die Voraussetzung, daß unsere Kinder zu einem kräftigen, gesunden und freien Geschlecht heranwachsen können.

Die Versammlung sollte der Rednerin für ihre vorzüglichen, oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen allgemeine Zustimmung. — Diskussion fand keine statt, jedoch die Versammlungsleiterin, Genossin Schwarz, nach 9 Uhr die gut verlaufene Versammlung schließen konnte.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 17. Oktober.

Geschichtskalender

17. Oktober. 1780 *Der französische Sozialist U. S. Graf Saint-Simon in Paris. — 1818 *Der revolutionäre Dichter Georg Büchner in Godesbau. — 1849 †Der Komponist Friedrich Franz Chopin in Paris.

Karlsruher Parteinachrichten

Die Bezirkskomitee und Vertrauensmänner werden gebeten, heute Montag oder morgen Dienstag abends beim Gen. Herrn Lang, Kaiserstraße 46, 5. Stock das die nächsten Tage für sie benötigte Material in Empfang zu nehmen.

Sozialdemokratische Bürgerauswahlfraction. Einer Vereinbarung der Fractionen des Bürgerausschusses, die Erswahlen zum Stadtrat betr. folgend, ersuchen wir unsere Fraktionsmitglieder, sich an dem am Dienstag, den 18. d. Mts., nachmittags von 5—1/2 Uhr, im großen Rathsaussaal stattfindenden Erswahl zum Stadtrat für die verstorbenen Frau Stadträtin Richter vollständig zu beteiligen.
Der Fraktionsvorstand.

7 öffentliche Wahlversammlungen

beruft die Sozialdemokratische Partei auf
Mittwoch, 19. Oktober, abends 8 Uhr,
in den verschiedenen Stadtteilen ein und zwar in folgenden Lokalen:

- Nördl. Stadt: „Brauerei Kammerer“, Waldhornstr.;
 - Ostl. Stadt: „Krone“, Ecke Rintheimer- und Georg Friedrichstraße;
 - Südostl. Stadt: „Auerhahn“, Schützenstraße;
 - Südwestl. Stadt: „Prinz Heinrich“, Kurdenstraße;
 - Westl. Stadt: „Württembergischer Hof“, Uhlensstraße;
 - Mühlburg: „Stadt Karlsruhe“, Rheinstraße;
 - Grünwinkel: „Sirlach“.
- Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:
„Die bevorstehenden Landtagswahlen“.

Referenten sind: Frau Landtagsabg. Fischer, die Genossin Stadt. Dörflinger, Staatsrat Marum, Reichstagsabg. Schöpslin, Regierungsrat Weismann, Stadt. Graf. Forzheim und Schulinspektor Reinmuth-Forzheim.

Zu diesen Versammlungen ist die Wählerliste bestens eingeladen. Genossen und Genossinnen, findet euch vollständig ein, agitiert für guten Besuch!

Mitteilungen aus der letzten Stadtratsitzung

Förderung der Kunst. Zur Unterstützung jüngerer talentierter Künstler wird beschloffen, eine Anzahl von Gemälden und eine Plastik aus der Ausstellung des Bad. Kunstvereins anlässlich der Karlsruher Herbstwoche mit einem Gesamtaufwand von rund 25 000 M für die Stadtgemeinde zu erwerben. Die Vorschläge der hierfür eingesetzten Kommission bezüglich der Auswahl der anzuliefernden Sachen werden angenommen.

Vom Stadtrats. Auf Antrag des städt. Gartenamtes wird der Ankauf eines Scheitels-Bronnengespans zum Preise von 10 000 M für den Stadtpark genehmigt. Es besteht aus einem 7 Jahre alten schönen Scheitelspahn und einem gelb lackierten vierfüßigen Karzwanen. Das Gespann soll für Begrünungszwecke von Kindern im Stadtpark gleich dem bereits vorhandenen gegen die üblichen Gebühren zur Verfügung gestellt werden.

Vom Gemeindericht. Nachdem die Zuständigkeit des Gemeinderichts zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten erheblich erweitert worden ist (es unterliegen seiner Zuständigkeit künftighin Rechtsstreitigkeiten mit Streitwerten bis zu 800 M statt wie bisher bis zu 60 M) und damit die Inanspruchnahme des Gerichts erheblich zunehmen dürfte, werden Geh. Reg.-Rat Ge. Heitmann, Justizrat Hilfsarbeiter bei der Stadterwaltung und Rechtsanwält Dr. Edwin Müller, Vorstand des städt. Preisprüfungsamtes, zu weiteren Stellvertretern des städt. Richters Franz Reumert in seiner Eigenschaft als Gemeindericht ernannt.

Die Appenmühle beim Borstl Daßlanden wird vom 1. April 1922 ab auf weitere 3 Jahre an den derzeitigen Pächter Jakob Fejer verpachtet.

Kreditüberweisung. Der für die Beschaffung einer Gleichrichteranlage im Städt. Rheinhafen und Zulassener vorgezeichnete Kredit von 775 000 M erhöht sich infolge der eingetragenen Hebererweiterung der Materialkosten und der Löhne auf 8 000 000 M. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung zu der Kreditüberweisung ersucht.

Beamte, Lehrer und Angestellte

Am Montag den 17. Oktober ds. J. findet abends 8 Uhr im Saale des „Elefanten“ eine große öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Professor Dr. Geiger aus Forzheim über das aktuelle Thema: „Beamte und Landtagswahl“ sprechen wird.

Zu zahlreichem Besuch fordern wir hiermit außer den Genossen alle Ehrentauglichen, Beamten, Lehrer, Angestellte sowie Angehörige freier Berufe auf.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgaben. Karl Holzhausen von Marburg, Km. Hier, mit Camilla Hildebrand geb. Biedenborn von Baden. Wilhelm Kembrücker von Solingen, Beigeordneter in Saarbrücken, mit Elisabeth Froehle von hier. Heinrich Bracht von Ulst, Unterfeldwebel in Meiningen, mit Karoline Lutterer von Sippensheim. Albert Keller von hier, Masch.-Schlosser hier, mit Frieda Herrn von hier. Carl Exert von hier, Wedn. hier, mit Margarethe Blum geb. Bächle von Wiesbaden. Hermann Kneller von Bernbach, Säger hier, mit Marie Weber von Redersloh. Thomas Berlich von Wiesbaden, Schneider hier, mit Bertha Graner von Helfenberg. Georg Hiel von Darschhofen, Bürodiener hier, mit Magdalena Häufig geb. Dieb von Rengenalb. Hermann Wehl von Clebronn, Kellner hier, mit Marie Wintler von hier. Albert Bürger von Pohnau, Motzenmeister hier, mit Maria Dröcher von Gengen.

Geburten. Eugen Fröh, Vater Eugen Sutter, Schlosser. Maria Elisabeth, Vater Aug. Burggraf, Kol.-Wachmeister. Alfred Günther, Vater Joh. Fuchs, Fabrikant. Kurt Erich, Vater Lud. Reinhardt, Poljurist. Heria Elisabeth, Vater Aug. Wehrbrand, Steinbauer. Liselotte Ada, Vater Aug. Wippert, Schuhmacher. Edgar Alexander Anton, Vater Paulus Schindwein, Kaufm. Arthur Fröh, Vater Fröh, Gärtner, Gendarmenwachmeister. Ch. Otto, Vater Otto Dienhard, Fuhrmann. Hans, Vater Alfred Holland, Bürogehilfe. Karl Bilsch, Vater Josef Henn, Ret.-Führer. Anneliese Hedwig Marie, Vater Joh. Groß, Hilfskassier. Liselotte, Vater Paul Götz, Just.-Oberkellner. Eleonore Sofie, Vater Wilhelm Jenz, techn. Reg.-Oberinspektor. Ruth Marianna, Vater Otto Kistner, Gef.-Führer. Luise, Vater Wilhelm Siegrist, Masch.-Arb. Gisela Emilie Clara, Vater Leop. Gerber, Kunstgärtner. Maria Lisa, Vater Max Eberhard, Wagnarb. Karl Fröh, Vater Karl Weisk, Wagnhofarb. Todesfälle. Josefina Reumaier, alt 50 Jahre, Witwe von Rudolf Reumaier, Masch.-Arb. Kath. Gremmelmaier, alt 59 Jahre, Ehefrau von Karl Gremmelmaier, Fabr.-Arb. Anna Lang, Mählerin, ledig, alt 24 Jahre. Sofie Egarfenberger, alt 50 Jahre, Ehefrau von Herm. Egarfenberger, Expedient.

Dr. Bahr's Zahnpulver „No 23“ vom Zahnarzt verordnet, daher in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien. In Karlsruhe: Drogerie C. Roth, Herrenstraße 28/28, Drogerie R. W. Lang, Kaiserstraße 24, Drogerie W. Tschorning, Amalienstraße 19.

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Sonderklasse Gruppe 1 (Karlsruhe)

Arb. Sp. B. Karlsruhe — Freie Turnerschaft Karlsruhe.
1. Mannsch. 0:3, 2. Mannsch. 0:3, 3. Mannsch. 1:1. Das Spiel der 1. Mannsch. mußte wegen unportunellen Benehmens des Arb. Sp. B. abgebrochen werden. Elemente, die durch unportunelles Benehmen das Ansehen des Arbeitersports schädigen, müssen ausgeschlossen werden.

Sonderklasse Gruppe 2 (Pforzheim)

Kleinleinbach — „Bahnfrei“-Grüdingen. 1. Mannsch. 3:2 (2:2), 2. Mannsch. 1:1 (1:1), 3. Mannsch. 0:3 (0:4).

Klasse A, Gruppe 3 (Karlsruhe-Bruchsal)

Beierheim — Sulach. 1. Mannsch. 2:0 (1:0), 2. Mannsch. 1:1 (0:1).

Freie Turner Knittlingen — A. Sp. B. Bruchsal 0:4. Bruchsal war vor wie nach der Pause Knittlingen überlegen.

Blankenloch — Liebolsheim. 1. Mannsch. 3:0, 2. Mannsch. 3:0.

Klasse B, Gruppe 4 (Albtal)

Tangensteinbach — Au a. Rh. 1. Mannsch. 2:1, 2. Mannsch. 1:1.

Reichenbach — Grünwettersbach. 1. Mannsch. 1:7, 2. Mannsch. 1:0. Platz nicht spielfähig.

Privat-Spiele

Beierheim 3 — Müppur 3:1:1 (abgebrochen).
Beierheim — Freie Turnerschaft Karlsruhe (Schülermannschaften) 3:1.

Weitere Sportveranstaltungen

Platzspiele. Abteilung 1: F. C. Pforzheim — Sportklub Freiburg 0:2; F. C. Pforzheim — F. C. Pforzheim 3:2; F. C. Beierheim — Karlsruhe F. C. 2:3. Abteilung 2: F. C. Freiburg — Pforzheim Karlsruhe 2:2; F. C. Offenburg — F. C. Lörrach 0:3.

Gauversammlung des Gaues Baden der Naturfreunde

Der 8./9. Oktober 1921 wird für den Gau Baden der Naturfreunde von historischer Bedeutung sein. War es doch an diesem Tage zum 1. Male möglich, im eigenen Heime, auf eigener Erde die alljährliche Gauversammlung abzuhalten. Dieser Bedeutung gaben sowohl der Gauobmann Gen. Westermann, wie auch Gen. Schenfried, Obmann der Ortsgruppe Karlsruhe, bei der Eröffnung der Tagung am Samstag, 8. ds. Mts. im Karlsruher Heim bei Moosbrunn bereiten Ausdruck. Über auch eine andere Uebertragung wurde den Vertretern zugebilligt, und zwar durch den neugegründeten Arbeitergesangsverein Freilohheim-Moosbrunn-Mitteleber, der in späterer Abendstunde mit Kompons den Versammlung ein

Ständchen brachte, um damit zu zeigen, wie innig er sich mit den Naturfreunden, dann aber auch mit der Gesamtarbeiterschaft verbunden fühlt. Möge dieses Verhältnis zwischen den einzelnen Arbeiterorganisationen immer so bleiben.

Die Tagung selbst war von 48 Ortsgruppen mit 72 Stimmen besucht. Von der Leitung waren 7 Mitglieder zugegen, außerdem von den Gaueu Pflanz, und Schwaben die Gen. Gerich, und Hartmann. Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, Landeskartell Baden hatte den Gen. Stenz-Karlsruhe entsandt.

Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht war ein sprunghaftes Aufwärtstreben der Bewegung im vergangenen Jahre zu entnehmen. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich verdoppelt und beträgt zur Zeit 52, außerdem sind noch 4 Bezirksgruppen vorhanden, die auch in nächster Zeit selbständig werden. Die Mitgliederzahl beträgt rund 8000. Die Statistik ist allerdings nicht vollständig, da verschiedene Ortsgruppen leider nicht gemeldet haben, und bei anderen diese bereits überschritten ist. Es tritt dieses spez. auf die großen Ortsgruppen Mannheim, Karlsruhe und Freiburg zu, die in erfreulicher Ausmaßentwicklung sich befinden. Mit dieser Entwicklung hielt aber auch die praktische Arbeit mader stand. In diese ist dank der Opferfreudigkeit der Mitglieder weit höher zu bewerten. Wurden doch im vergangenen Jahre rund 7 neue Unterfunktionsstellen dem Verkehre übergeben. Davon sind 2 vollständig neu erstellt. Ein weiteres Unterfunktionsamt wird zur Zeit eingerichtet, außerdem ist der Abschluß eines weiteren Pachtvertrages in den nächsten Tagen zu erwarten. Es sind dann rund 18 eigene Hütten oder Häuser in Baden vorhanden, die alle ihren Aufgaben gerecht werden. Durch sie ist es dem Arbeiter überhaupt nur noch möglich, die Ferien in den Bergen zu verbringen, denn die Hotelpreise können nicht mehr aufgebracht werden. Dieses zeigt sich auch darin, daß Nichtmitglieder in zunehmender Zahl unsere Häuser aufsuchen. Leider sei die Unterfunktionsstelle erreicht wurde auch die Städte sind nicht immer entgegenkommend gewesen, dieses trifft vor allen Dingen auf Karlsruhe zu. In den Parlamenten müsse dieses Unrecht zur Sprache kommen. Auf dem Gebiete der Wegmarkierung wurden bisher ausschließlich nur die Wege zu den Schutzhütten markiert, um ein dunkelfarbiges Bild von Markierungen im Schwarzwald zu vermeiden. Es wird aber die Naturfreunde nicht abhalten, gemeinsam mit anderen Organisationen an der Markierung von neuen Wegen mitzuwirken. Den meisten Ortsgruppen wurden im vergangenen Winter mit Lichtbildvorträgen gedient. Auch für den kommenden sind verschiedene vorgesehen, so u. a. auch Gen. Scher-Büsch für die 3 größten Ortsgruppen. Auch andere

Vorträge wurden und werden den Ortsgruppen vermittelt. Vorgelesen sind in den Bezirken Kurze für die Führer, spez. ein solcher über Kartenlesen. Dem Ausbau der Buchereien dürfte im kommenden Jahre auch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der Kassenbericht bilanziert mit 120 000 M. Es ist dieses ein Zeichen von dem großen Umfange der Gaugeschäfte. Das Nachrichtenblatt hat eine steigende Auflage zu verzeichnen. Inhaltlich hält es jeder gleichartigen Schrift stand. Besondere Anerkennung fand die Werbenummer, die illustriert erschien. Wenn irgend möglich, soll dem Ausbau weiterer Augenmerk geschenkt werden. Den Berichten folgte eine lebhafte Diskussion, die sich im Sinne der Referenten bewegte. Scharf wurde die Tätigkeit der sog. Reichstreuhändlersgesellschaften gekennzeichnet. Die Ueberlassung der Beeresgärten an diese sei ein Fehler, der nicht mehr gut gemacht werden kann. Man hätte vom Staat eine weislichere Handlung erwarten sollen. Weitere Klagen wurden wegen dem drohenden Abbau des Regenbundes und Hohenstoff laut. Die Gauleitung wurde beauftragt, bei der Regierung den Schutz der Naturdenkmäler zu verlangen. In bewegten Worten widmet der Vertreter der Pflanz den Toten von Oppau einen Nachruf. Die Naturfreunde haben dort wahr gemacht, daß sie auch Menschenfreunde sind. Unter größter Gefahr haben die Mitglieder sich am Rettungswerk beteiligt. Heute steht das Elmsteiner Naturfreundehaus der Oppauer Jugend zur Verfügung. Dort werden sie von den Lehrern unterrichtet, die dem Verein dafür warm gedankt haben.

Der Sonntag war durchweg den kommenden Aufgaben, sowie der Jugendfrage gewidmet. Aus allen Referaten war zu entnehmen, wie ernst die Bewegung ihre Ziele nimmt. Der Erziehung des Volkes in kultureller und geistiger Beziehung müsse das größte Augenmerk gewidmet werden. Natur- und Kunstgenuss müssen Hand in Hand gehen. Scharf wurde der Bandalismus in den Wäldern kritisiert. Hier gelte es den Hebel anzulegen. Auch die Kleidung müsse der Natur angepaßt sein. Die Sonnenbäder an Berleswegen bringe die Wanderbewegung bei der einheimischen Bevölkerung in keinen guten Ruf. Man müsse überhaupt die Sitten und Gebräuche des Volkes mehr achten und schämen lernen. Die Jugendherbergen dürfen die Neutralität nicht verlassen, dem frechen Auftreten einiger Schwärzler und Pfadfinder wird der Zweigausfluß Baden hoffentlich entgegengetreten, wenn er das Vertrauen nicht verlieren soll. Diese Organisationen können natürlich auf den Naturfreundehäusern keine Unterkunft finden. Die Beratungen zogen sich bis spät in den Nachmittag hin. Beachtenswert ist noch die einstimmige Annahme einer Resolution, die an dem bewährten Organisationsbau festhält und Bestrebungen auf Erziehung einer Geschäftsstelle in Deutschland ablehnt. Die Beratungen werden der Bewegung sicherlich gute Früchte bringen. Berg frei!

Fahrtpreisermäßigungen für Wandervereine. Nach neuen Bestimmungen wird Fahrpreisermäßigungen bei Ausflügen zugunsten der Jugendpflege nur den behördlich anerkannten und durch die Bahndirektion besonders bekanntgegebenen Vereinen gewährt, worunter sich auch die Arbeiterport- und Arbeiterjugendvereine befinden.

Am 20. Oktober, abends halb 7 Uhr
1. Fußballer-Unterhaltung
der Fußballer des 3. Bezirkes
(Lokal: „Stelzenbad“ in Beierheim)
Alle Fußballspieler des 3. Bezirkes sind bestens eingeladen.

Die Protestversammlung der Mieter- und Untermieter-Ver einigung

welche gestern vormittag im großen Saale der Festhalle stattfand, war sehr gut besucht. In einem von großer Sachlichkeit und Sachkenntnis getragenen Vortrage, der oft von Beifall unterbrochen wurde, entließ sich Hauptreferent Kamm aus Mannheim seiner Aufgabe. An das Referat schloß sich eine längere Aussprache an. Wir werden über die gut verlaufene Versammlung morgen näher berichten.

• Dachstuhlbrand. Am Samstag abend 10 15 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Sophienstraße Nr. 12 gerufen, wo der Dachstuhl des Hinterhauses in Brand geraten war. Dem schnellen Eingreifen der Feuerwache, zu der noch die 2. und 3. Kompanie alarmiert war, die aber nicht mehr in Tätigkeit treten brauchte, gelang es, nach 10 Minuten den Brand zu lokalisieren. Nach anberathlicher Tätigkeit konnte die Feuerwehre wieder abgehen. Der Schaden dürfte nicht unbeträchtlich sein. Die Entstehungursache ist bis jetzt unbekannt.

• Schwere Unfall. Als gestern vormittag in der Parade am Rheinufer ein französischer Soldat die Reinigung seines Revolvers vornahm, entlud sich dieser und traf den in der Parade befindlichen französischen Soldaten Bernard Sude so unglücklich, daß er kurz darauf starb.

• Verein Arbeiter-Jugend. Auch in diesem Herbst und Winter werden wieder für die weiblichen Mitglieder der Arbeiter-Jugend die Näh- und Flickabende abgehalten werden. Die Abende stehen unter der Leitung unserer Genossinnen Frau Stadler Schreier und Frau Müller. Die Jugendlichen werden an diesen Abenden Anweisung in allen Hand- und Näharbeiten bekommen, es wird ihnen alles gelehrt und gezeigt, was für sie für den späteren Haushalt nötig ist. Der erste Abend findet am morgigen Dienstag statt, jeweils Beginn 7 Uhr, Ende 9 Uhr, im Handarbeitszelle der Heberschule in der Kreuzstraße.

• Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-angestellten wird uns geschrieben: Die am 18. Oktober im Restaurant zum „Ring Karl“ zur besuchte Versammlung der Abteilung der Köche und des Hilfspersonals befaßte sich in der Hauptsache mit der zur Zeit bestehenden Lohnfrage im Wirtschaftsbereich. Kollege Bezirksleiter Reichart referierte eingehend über die Feuerungsstelle und den sich hieraus ergebenden Folgen inbezug auf den Tarifbeitrag. In der daran anschließenden Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, daß die zur Zeit bestehenden Löhne in gar keinem Verhältnis zur Leistung stehen. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, sofortige Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation einzuleiten. Lebhafteste Debatte ergab sich aus verschiedenen Klagen aus ersten maßgebenden Betrieben bezüglich der Arbeits- und Ruhezeiten sowie gesundheitlichen Ausgängen. Auch hier wurde die Organisationsleitung beauftragt, weitere Maßnahmen zu treffen.

• Spenden für Oppau. Von den Arbeitern der Eisenbahnen R. Senka wurde je ein Stundenlohn für die durch das Oppauer Inland Betreffenden gespendet, was 1000 M. ergeben hat. Die Spende wurde dem Deutschen Metallarbeiterverband zur Weiterleitung übermittelt.

Valuta-Bericht vom 15. Oktober

Markkurs in der Schweiz zirka 3.60 Gts. Auszahlung Gold- und notierte 48.10 M. per Holl. Gulden. Schweiz notierte 28.20 per Schw. Fr. England notierte 64 M. per Pfd. Sterl. Frankreich notierte 10.60 M. per frz. Fr. Newport notierte 147 M. per Dollar.

Letzte Nachrichten

Der Genfer Akt

21. Des. 11. 15. Okt. Die diplomatischen Kreise in Berlin sind dahin informiert, daß die Alliierten am Dienstag der deutschen Regierung die Entscheidung über die Aufstellung Oberschlesiens offiziell mitteilen werden. Die Ratifizierung soll gleichzeitig in Warschau und Berlin erfolgen. Gleichzeitig wird die deutsche und die polnische Regierung aufgefordert werden, am Donnerstag mit der Besetzung und der Verwaltung der ihnen nach der Aufstellung Oberschlesiens zugesprochenen Gebiete zu beginnen.

21. London, 17. Okt. Der „Observer“ veröffentlicht folgende Daten der oberstleischen Entscheidung. Danach enthält die Entscheidung des Völkerbundes folgende Punkte:

1. Es wurde beschlossen, eine Grenze zu ziehen, die das Industriegebiet durchschneidet und die nach dem Grundsatz geschaffen ist, daß ein Minimum von Polen auf der deutschen Seite zurückzubleiben sollte.

2. Da der Kern der Streitfrage wirtschaftlicher Art ist, ist der Versuch gemacht, die Bedeutung der politischen Grenze dadurch herabzusetzen, daß gewisse wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden, um den wirklichen Charakter des Industriegebietes aufrechtzuerhalten, und zwar während einer Dauer von 15 Jahren. Es ist deshalb vorgeschlagen, eine gemischte Kommission von Deutschen und Polen einzusetzen, falls beide Teile es wünschen, unter dem Vorsitz eines Vertreters des Völkerbundes. Diese Kommission soll Generalvollmacht haben, um Einzelheiten für die praktische Durchführung der Völkerbunds-vorschläge auszuarbeiten. Die Kommission soll durch eine Reihe von gemischten Kommissionen von ausgewählten Sachverständigen unterstützt werden.

3. Bezüglich der Eisenbahnen soll eine gemischte Kommission einen Plan ausarbeiten, um das ganze Eisenbahnnetz, sei es auf deutscher oder auf polnischer Seite der politischen Grenze zu einem einheitlichen zusammenhängenden System innerhalb des Industriegebietes zusammenzufassen.

4. Es ist klar, daß eine politische Grenze sofort eine Zollgrenze im Gefolge haben wird um diesem Einwurf zu begegnen, schreibt der Völkerbund vor, daß zwei Uebergangsperioden eingerichtet werden sollen: a) eine Periode von 6 Monaten; b) eine solche von 14 Jahren, während deren die normale Durchführung der Zollgesetzgebung aufgehoben sein wird.

5. Während der Periode von 6 Monaten sollen beide Teile vollkommen Freiheit genießen, ihre Geschäfte zu organisieren, als ob die politische Grenze nicht bestände und ohne daß ein Zoll auf die Fabrikate gelegt werden soll.

6. In der Periode von 14 Jahren dürfen alle Rohstoffe die entweder aus der deutschen oder polnischen Zone stammen oder dort verwendet werden sollen, die Grenze ohne Zollabgaben passieren. Güter, die für die abschließende Fabrikation notwendig sind, sollen gleichfalls abgabefrei sein.

7. Die Gemischte Kommission soll berechtigt sein, ein allgemeines Abkommen zwischen Deutschen und Polen auszuhandeln, das den ungehinderten Export solcher Rohstoffe, die von der Industrie auf der anderen Seite gebraucht werden, garantiert. Ein besonderer Paragraph soll eingefügt werden, durch den Deutschland verboten wird, Einfuhrzölle auf Güter aus Polen zu legen.

8. Während der Periode von 14 Jahren dürfen keine gewalttätigen Enteignungen von Privateigentum auf irgend einer Seite der Grenze stattfinden. Deutschland soll das Recht haben, an den Völkerbund zu appellieren, falls die polnische Gesetzgebung für die Dauer von 15 Jahren die deutsche Interessen schädigt.

9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze leben, haben das Recht, während einer Zeitdauer von 15 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit zu verlieren.

10. Die deutsche Mark ist als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anzuerkennen.

11. Die deutsche Gesetzgebung bleibt solange in Kraft, bis die polnische Regierung entsprechende eigene Gesetze erläßt.

12. Die Wassererfotung innerhalb des Industriegebietes soll unter internationaler Kontrolle bleiben. Diese Bestimmung soll die deutschen Besorgnisse um die Wasserversorgung für ihre eigenen Interessen zerstreuen.

13. Bezüglich der Lieferung von Elektrizitätskraft wird dafür gefordert, daß die jetzige Kraftlieferung nicht unterbrochen wird. Die Polen erhalten das Recht, nach Ablauf von 3 Jahren eine der beiden Kraftstationen im Industriegebiet zu kaufen.

Ueber die genaue Grenzführung kann der „Observer“ nichts mitteilen. Er sagt aber, daß außer Plesch und Abnoid auch Katowitz trotz seiner deutschen Mehrheit von fast 80 Proz. Königschütze trotz seiner deutschen Mehrheit von über 21 000, und Kaniowitz an Polen abgetreten werden.

Zeitungsverbot

21. Nürnberg, 15. Okt. Die Nürnberger unabhängige „Volkstimme“ wurde ebenfalls auf eine Woche verboten, weil sie den Minister Rathenau als „französischen Wiederaufbauminister“ und als „Lügner“ bezeichnete.

Aufhebung des Ausnahmezustandes

21. München, 15. Okt. Der Ausnahmezustand in Bayern wurde mit dem heutigen Tage aufgehoben. Damit haben auch die verantwortlichen Träger des Ausnahmezustandes, die Staatskommissare, ihre Aufgabe beendet.

Beilegung des Buchdruckerstreiks

21. Hamburg, 17. Okt. Durch den stellvertretenden Demobilisationskommissar ist während der letzten Verhandlungen der Streik im Buchdruckgewerbe beigelegt worden. Es wurde ein Uebereinkommen getroffen, dem gestern die Prinzipale, Gehilfen, Hilfsarbeiter und Buchbinder in getrennten Versammlungen zustimmten. Nach Wiederaufnahme der Arbeit am Montag sollen am Dienstag die getroffenen Vereinbarungen zum endgültigen Beschluß erhoben werden. Damit ist nach 14-tägiger Dauer der Streik im Buchdruckgewerbe beigelegt.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus dem Baire, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschafts- und Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wie zu 4 Seiten
Wie 5 u. mehr Seiten
Wie 1.50 bis 2.00
Wie 2.00 bis 3.00
(Bergungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Gesangverein Laßalla.) Heute abend 8 Uhr große Chorprobe. Erscheinen aller Sänger unbedingt erforderlich.
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend Ausflugsfahrt. Pflanz. (Sozialdem. Partei.) Dienstag, 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur „Krone“ öffentliche Wähler-versammlung. Referent Arbeitsminister Dr. Engler. Arbeiter und Beamte ergehen alle. 6651

Streckenpferd-Seife
v. Bergmann & Co., Radobal ist die beste Lilienmilchseife, ganz, weiß, Haut-bleichend, schön, Toilet.
Überall z. hab.

Zuban

Aus edelsten Orienttabaken

Zigaretten

Sozialdemokr. Partei
Karlsruhe.
 Mittwoch, den 19. Oktober
 abends 8 Uhr
 finden in den nachstehenden Lokalen
Öffentliche
Wähler-Versammlungen
 statt. Tagesordnung:
„Die bevorstehenden Landtags-
wahlen“.

Altstadt: Im Saale „Kammerer“, Waldhornstraße
 Oststadt: In der „Krone“, Ecke Rintheimer- und Georg-Friedrichstraße
 Südweststadt: Im „Auerhahn“, Schützenstr. 58
 Südweststadt: Im „Prinz Heinrich“, Kurbenstraße 19
 Weststadt: Im „Württembergischer Hof“, Goethestraße
 Mühlburg: In der „Stadt Karlsruhe“, Rheinstraße
 Grünwinkel: Im „Siefel“.

Es werden sprechen:
 Frau Landtagsabg. Fischer
 Stadtverordneter Vöhringer
 Staatsrat Marum
 Reichstagsabg. Schöpsfin
 Regierungsrat Weismann
 sämtliche aus Karlsruhe.
 Stadtverordneter Graf
 Schulinspektor Reimuth
 aus Pforzheim.

Zu diesen Versammlungen sind die Wähler und Wählerinnen höflich eingeladen.
 Freie Ausprache für Jedermann.
Die Parteileitung.

NEU-ERÖFFNUNG.
 Wir haben unter heutigem Amalienstraße 46 (Ecke Kaiserplatz) eine Einzelverkaufsstelle als Filiale eröffnet.
 In sämtlichen Bedarfs-Artikeln wie
Zigarren, Zigaretten
Tabake jeder Art usw.
 halten wir uns dem geehrten Publikum bestens empfohlen u. bitten um gütigen Zuspruch. Unsere ausgedehnte Branchenkenntnis bietet beste Gewähr für gute und reelle Bedienung. Günstige Gelegenheit, noch ohne Steuer-Aufschlag zu kaufen. Unsere weiteren Filialen: Scheffelstr. 8 u. Hardtstraße 70 bringen wir gleichzeitig in empfehlende Erinnerung.
Anton Leicht, G. m. b. H., Tabakfabrikate-Großhandlung
 Tel. 5155 - Büro u. Lager Melanchthonstr. 3. - Tel. 5155.
 NB. Für Wiederverkäufer vorteilhafteste Einkaufsgelegenheit

Großstück-Arbeiter
 f. Dauerstellung gesucht.
G. Fritsch,
 Herrsch. und
 Damen-Säuberei
 Offenburger, Hauptstr. 45.
Holzbildhauer
 kann vorübergehend bei uns beschäftigt werden.
Möbelfabrik Moser
 Durmersheim.

Wirtschafts-Uebnahme
 Freunden und Bekannten, sowie der Einwohnerschaft von Karlsruhe zur gefl. Nachricht, daß ich die Wirtschaft
„Zum Felseneck“
 Kriegsstraße 117, übernommen habe. Vorzügliches Bier aus der Brauerei Heinrich Fels. Keine Weine. Warmes Frühstück, Mittagessen, in- und außer Abonnement. Abendessen nach der Karte zu mäßigen Preisen.
Samstag Schlochttag!
 Einem gen. Zuspriech. entgegengehend zeichnet hochachtungsvoll
E. Wetterauer, Küchenchef
 früher Rest. zum Klapphorn. 6639

Todes-Anzeige.
 Am 15. ds. Mts. starb nach kurzer Krankheit
Fräulein Anna Wertheimer
 aus Bretten.
 Wir verlieren in derselben eine 10-jährige treue Mitarbeiterin, deren Andenken wir stets in Ehren halten werden.
Geschwister Gutmann.

Zable hohen Preis
 für Kleider, Schuhe, Wäsche, Möbel, Pfand-scheine, Federbetten, Vorhänge,
alte Gebisse, Platin, alte Gold- und Silber-Waren
Frau Pflüger
 Kirchstraße 31. 6671

Häuser
 u. Geschäfte, Villen, Hotels, teils inf. beziehb., zu vert.
W. Susam, Liegenschaftsbüro, Herrenstraße 33.

Neue Küchen
 Küch. u. Geschäfte, Tisch, 2 Stühle u. 2 große Kleidergehänge billig zu vert.
S. Graf, Mühlburgerstraße 24 u. IV. St.

Flechten
 Ich war am ganzen Leib mit Flechten befallen, welche mich durch das einige Wochenlang u. Nacht beängstigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medikament-Salbe das Übel beseitigt. Diese Salbe ist in 100 Hüllchen wert. Gern. 20. Dogni Zucker-Creme (nicht fettend u. fettlos). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Wanzentod
 zur Selbstvergiftung sicher wirkend, erhältlich bei
U. R. H. Fr. Springer, Markgrafenstr. 52
 Karlsruhe - Tel. 3263.

Todes-Anzeige.
 Nach kurzer Krankheit verschied unerwartet am 15. ds. Mts. unsere liebe Kollegin
Fräulein Anna Wertheimer
 aus Bretten.
 Dieselbe war uns durch ihre seltene Treue und stete Pflichterfüllung ein gutes Vorbild.
 Wir werden ihrer stets gerne gedenken. 6653
Das Personal der Firma Geschwister Gutmann
 Karlsruhe.

Gefucht
 ein kleiner Mann, offen oder gedeckt, zum Stellen eines Handwagens. Angebote mit Nr. 6644 an das Volksfreundbüro.

Grosse Posten
Schlafdecken
Jaquarddecken
Kamelhaardecken
wollene Pferddecken, wasserdichte Pferddecken
 Grosse Auswahl in weiss Halb- und Reinleine
 Lagerbesuch für jedermann lohnend. 6648
Arthur Baer, Kaiserstr. 133
 1 Treppe hoch (Eingang Kreuzstrasse).

Einkaufsgenossenschaft der Beamten u. Staatsarbeiter in Baden m. d. S.
 Sitz Karlsruhe.
 Ab Montag, den 17. Oktober, Kartoffelausgabe an Buchhändler S., Sch., Sp., St., U., V., W., X., Z.
 Verkauf von 8-12 und 2-6 Uhr am alten Bahnhof (Vahnhof).
 Mitgliedskarte muß vorgezeigt werden.

Durlacher Anzeigen.
Gasgeld-Erhebung.
 Um die Bezahlung der Gasrechnungen zu erleichtern, sind wir bereit, neben der monatlichen auch halbmönatliche Erhebung einzurichten. Wir ersuchen diejenigen Abnehmer, die diese Erhebung wünschen, bis zum 20. ds. Mts. bei uns mündlich oder schriftlich Antrag zu stellen.
 Durlach, den 14. Oktober 1921.
 Städtisches Gaswerk.

Baden-Baden.
Städtische Schauspiele Baden-Baden.
 Plakette für den Winter 1921-22.
 § 1. Für die Winterperiode 1921-1922 wird, beginnend mit Dezember, eine Plakette (Abonnement) eingerichtet.
 § 2. Die Plakette wird drei gleichwertige Vorstellungen (A, B, C) zu je 30 Vorstellungen umfassen.
 § 3. Die Plakette beträgt für einen Platz:
 Sprech 1-5. Reihe 225.- M.
 Empore 1. Reihe 150.- M.
 Empore 6-10. Reihe 105.- M.
 für alle übrigen Plätze, also Sprech 11-18. Reihe 75.- M.
 Empore 2. bis letzte Reihe 50.- M.
 Saalplätze
 Alle Preise einschließlich der Luftkonditionierung.
 § 4. Die Plakette ist im Voraus zu entrichten, kann aber auch in zwei Raten entrichtet werden. Die erste Rate beträgt dann für die ersten fünfzehn Vorstellungen 125, 60, 60, 40 Mark, für die zweite Hälfte den Rest, der jedoch vor Beginn der fünfzehnten Vorstellung einzuzahlen ist.
 § 5. Die Plakettensorte wird auf den Namen angegeben.
 Die gemieteten Plätze dürfen von den Plakettieren zu einzelnen Vorstellungen veräußert, aber nicht veräußert werden. Jeder Handel mit Plakettensorten ist unzulässig. Inwieweit Handlungsmachen sich gemäß §§ 263, 49, St.-O.-B. strafbar. Außerdem kann den betreffenden Plakettieren durch die Intendanten das Recht auf Weiterbenützung der Plätze verloren werden ohne Rücksicht auf die Plakette bezahlten Plakettensorten.
 § 6. Die Uebertragung einer Plakette wegen anderwärtiger Krankheit, Familienveränderung, Wegzug, ist nur mit Genehmigung der Intendanten gestattet.
 § 7. Der Eintritt in das Theater ist nur gegen Vorzeigen der ausgeleiteten Plakette gestattet.
 § 8. Die Tage, an denen Vorstellungen in Plakette stattfinden, werden durch die amtlichen Theateranzeigen in den Zeitungen, auf den Anschlagtafeln und auf dem jedesmaligen Theaterzettel bekannt gegeben.
 § 9. Inwieweit Handlungsmachen gegen diese Bestimmungen berechtigen die Intendanten auch weiteres zur sofortigen Aufhebung des Plakettensorten des betreffenden Plakettiers, ohne daß dieser Anspruch auf irgendwelche Zurückzahlung hätte.

Man- und Klauenfuchse betr.
 Wegen der im Bezirke Durlach herrschenden Man- und Klauenfuchse wird gemäß § 168 der Ausführungsverordnungen zum Viehschutzgesetz die Abhaltung der Fuchse- und Rugsch- und der Ferkelmärkte im hies. Schlacht- und Viehhof bis auf Weiteres verboten.
 Karlsruhe, den 15. Oktober 1921. D. S. 154
 Bad. Bezirksamt - Polizeidirektion 2272

Den Vollzug der Kammergerichtsordnung betr.
 Mit Zustimmung des Stadtrats und Vollziehbarkeitserklärung des Herrn Landeskommissars vom 12. Oktober 1921 wird § 6 der ortspolizeilichen Vorschrift vom 13. Februar 1889, die Kammergerichtsordnung betr., in der Fassung vom 22. Mai 1920 mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 geändert und erhält die Fassung des § 2 der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 6. Mai 1920 für die Landgemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe, verfaßt in den Tageszeitschriften unter dem 13. Oktober 1921 vom Bezirksamt Abteilung II.
 Als letzter Abzug tritt hinzu:
 Zu den vorstehend erwähnten Grundtagen ist bis auf weiteres ein Teuerungszuschlag von 150% des Betrages der einzelnen Tage zu entrichten.
 Karlsruhe, den 13. Oktober 1921. D. S. 163.
 Bezirksamt III.

Landtagswahl 1921 betr.
 Die öffentliche Sitzung des Wahlausschusses für den V. Wahlkreis ist zur Festsetzung der Wahlvorschlüsse findet am Mittwoch, den 19. Oktober 1921, vormittags 9 1/2 Uhr, im Bezirksratsaal des Bezirksamtsgebäudes in Karlsruhe statt.
 Karlsruhe, den 12. Oktober 1921. D. S. 149
 Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises V.

Glaser
 (Rahmenmacher)
 werden zum sofortigen Eintritt gesucht
 von
Billing & Zoller A.-G.
 Karlsruhe 6647

Gefucht
 von größerer Nähmaschinen-Verkaufsgesellschaft mehrere
 2374

Agenten u. Reisende
 für Karlsruhe und Umgebung gegen Gehalt und Provision. Gut empfohlene Bewerber, welche Verkaufstalent besitzen, belieben Angebot mit Anträgen und Zeugnisabschriften unter K. S. 3610 an **Via Haufenstein & Vogler, Karlsruhe**, zu richten.
 6622

Glaser
 (Wanzglaser, Rahmenmacher und Zuschneider) für dauernd zum sofortigen Eintritt gesucht.
Markstahler & Barth, Neuenratherstraße 4.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Damen-Taschen
 sowie Geldbörsen, Brief- und Klein-Taschen in großer Auswahl zu enorm billigen Preisen.
Kaufmanns-Gingergeschäft
 für Offenbacher Lederwaren
 6, II. Steinstraße 6, II. 6638

Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaren
 unter Garantie bei
Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.

Stadt. Friedrichsbad.
 Die abgebrannten
Wannenbäder I. und II. Klasse
 sind neu aufgebaut und
wieder geöffnet.
 2326

Unsere Leser und Leserinnen
 werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die
Inserenten des Volksfreund.

Die Ausgabe der Plakette beginnt Montag, den 24. Oktober 1921, an der Karlsruher Post.
 Den Plakettieren der vorjährigen Winterplakette werden ihre früheren Plätze wieder eingeräumt, wenn sie bis zum Ausgabetermin schriftlich darum bei der Intendanten nachgefragt haben.
 Schriftliche Anmeldungen haben zu enthalten:
 Zahl und Art der gewünschten Plätze, Name der einzelnen Person auf die die Plakettensorte ausgestellt werden soll, genaue Wohnungsangabe. Die Bestellung ist verbindlich für den Besteller. Die Verteilung der Plätze behält sich die Intendanten vor, sie wird nach der Reihenfolge der Anmeldungen vorgenommen.
 Die Intendanten.
 2378

Bruchsaler Anzeigen.
Kartenausgabe
 am Dienstag, 18. Oktober 1921, von 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags an die Buchhändler D bis einschl. G.
 Bruchsal, den 17. Oktober 1921. 6641
 Kommunalverband Bruchsal-Stadt Kartenausgabestelle.

Holz- u. Kohlenhandlung
A. v. Steffelin
 Kohlen, Koks
 Briketts, Brennholz
 Telephon 61. 6493